



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger\*innenbrief

23. November 2023

Elbtower +++ Kürzungen bei Freiwilligendiensten +++ Nein zu Olympia +++ Bildungswende in Bergedorf +++  
Schuldenbremse und Verkehr +++ STOPP Heimstaden! +++ Wohnkosten +++ Zeughaus +++ Zentralbibliothek



Aktion der Linksfraktion am 17. November wider den Turmbau zu Hamburg (Foto: Harald Singler)

## Liebe Leserinnen und Leser,

leider können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die gesellschaftlichen und globalen Problemlagen in vergleichsweise hohem Tempo verschärfen. Zwei Kriege, die wir uns vor zwei Jahren noch gar nicht vorstellen konnten; von wegen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, wir sind nach neuesten Erkenntnissen auf einem Drei-Grad-Kurs; ein zumindest für die Regierung überraschend aufgetauchtes 60-Milliarden-Loch im Haushalt, weil das Bundesver-

fassungsgericht auf die Einhaltung der volkswirtschaftlich unsäglichen Schuldenbremse pocht; sofort wurde danach ausgerechnet für den Klima- und Transformationsfonds eine Haushaltssperre verhängt, mittlerweile dürfte fast der gesamte Bundesetat von einer solchen einschneidenden Maßnahme betroffen sein; schon hören wir, die Sozialausgaben kürzen zu wollen, obwohl die Arm-Reich-Schere national und international noch weiter aufgegangen ist und fest steht (wie

in der »TAZ« vom 3.11.2023 formulierte): »Armut gefährdet die Demokratie«; und dann der sog. »Asylkompromiss«, der von Olaf Scholz auch noch – positiv wohlgermerkt – als »sehr historischer Moment« bezeichnet wurde und das grundgesetzlich geschützte, ja geforderte Asylrecht noch weiter einschränkt und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch weiter unter das Existenzminimum drückt – wovon sollen die Menschen leben?

Wer steht gegen all diese Entwicklungen? Gegen Krieg und Sozialabbau, gegen die Schuldenbremse und den Abbau des Asyl- und allerlei anderer Rechte? Nehmen wir nur den jüngsten Vorschlag, den vor kurzem der Linksfraktionschef im Bundestag, Dietmar Bartsch, unterbreitet hat: eine »Klimareichensteuer«, nicht nur, weil bei den Reichen mehr Geld denn je liegt, sondern auch, weil diese – ein Bruchteil der Weltbevölkerung – alleine so viel Energie und Ressourcen verbrauchen, wie Milliarden Menschen rund um den Erdball (siehe dazu auch die OXFAM-Meldung weiter unten).

Die Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht ist für uns zunächst einmal beendet, zumindest innerhalb der LINKEN. In Hamburg sind bis Mitte November fast genauso viele Menschen in die Partei eingetreten wie ausgetreten. Wo viel Schatten ist, gibt es bisweilen auch viel, überraschendes Licht. Mit einem irritierten Augenaufschlag, aber auch in

gewisser Erwartung nehmen wir den neuerdings verbreiteten Aufruf »Zusammen rein in DIE LINKE« zur Kenntnis. Der kommt schließlich nicht von irgendwoher, sondern aus Kreisen, die mit der LINKEN oftmals harsch ins Gericht gegangen sind. Nun wollen also 500 »Linksradikale« in die Partei eintreten, wie das »Neue Deutschland« am 20. November meldete ([www.nd-aktuell.de/artikel/1177895.linksradikale-maseneintritt-in-die-linke-organisierte-antwort-auf-rechtsruck.html](http://www.nd-aktuell.de/artikel/1177895.linksradikale-maseneintritt-in-die-linke-organisierte-antwort-auf-rechtsruck.html)). Der betreffende Aufruf liest sich durchaus vielversprechend, z.B. gleich am Anfang: »Wir stehen am Rand einer ökologischen und politischen Katastrophe: Die AfD marschiert im Stechschritt durch die Landtagswahlen. GRÜNE und SPD-Spitze wollen im großen Stil abschieben, die CDU baut Autobahnen – und DIE LINKE droht bei der nächsten Bundestagswahl an der Fünfprozenthürde zu scheitern. Mit ihr wäre nicht nur die einzige antikapitalistische Partei aus dem Parlament verbannt, auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung verlöre einen Großteil ihrer Gelder zur Förderung von politischer Bildung und Kultur«. Wir empfehlen den Aufruf WIR//JETZT//HIER zur Lektüre unter <https://wir-jetzt-hier.info/> und sind auf die Debatten gerade in Hamburg gespannt.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann  
Hanno Plass und Michael Joho

**P.S.:** Wir sagen angesichts der »vorliegenden« 200. Ausgabe des »Bürger\*innenbriefes« seit dem Erstling im Jahre 2008 allen unseren Leserinnen und Lesern Dank für das Interesse als treue Abonnent\*innen.

**P.P.S.:** Und wir gratulieren nachträglich unserem BB-Layouter Harald Heck, der im Hauptamt ja für den VSA: Verlag tätig ist. Am 3. November wurde unter der Schirmherrschaft von Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank zum 11. Mal der Buchpreis »HamburgLesen« der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky vergeben. Gewürdigt wird damit alljährlich ein Buch, das sich in herausragender Weise mit Hamburg beschäftigt. Zu den aus mehr als 280 Büchern ausgewählten sieben »Kandidaten der letzten Runde« gehörte auch der von René Senenko herausgegebene und von Harald Heck gestaltete VSA-Band »Mit revolutionären Grüßen«. Darin geht es, bilderreich, um die Geschichte der hamburgischen Arbeiter\*innenbewegung im Lichte historischer Ansichtskarten. Wir hatten das Werk im »Bürger\*innenbrief« vom 16. November 2022 besprochen und empfohlen. Auch wenn dieses Buch nicht den ersten Preis errungen hat, ist es doch als eines der sieben bemerkenswertesten des Jahres besonders gelobt worden. Wer interessiert ist am Mitschnitt der knapp zweistündigen Preisverleihung (darin die Laudatio zum Postkartenbuch ab 1:14:30 bis 1:21:40), kann sich das hier anschauen: <https://buchpreis.hamburglesen.de>.





# Elbtower: Scholz und Senat bekommen nun die Quittung

Von Heike Sudmann

Kurz vor seinem Abgang in die Bundesregierung schuf Olaf Scholz sich selbst ein Denkmal. Jedenfalls war das sein Plan, als er voller Stolz in einer Pressekonferenz den architektonischen Entwurf und das Konzept für den Elbtower vorstellte: »Der legendäre Hamburger Oberbaudirektor Fritz Schumacher hat insbesondere mit Bezug auf die Alsterarkaden, das Rathaus, den Rathausvorplatz und die Blickbeziehung zur Alster vom Kunstwerk Hamburg gesprochen. Vor gut einem Jahr haben wir dem Kunstwerk mit der Elbphilharmonie ein zentrales Element hinzugefügt. Mit diesem Entwurf von David Chipperfield wird das Kunstwerk Hamburg direkt bis an die Elbbrücken fortgesetzt. Der Turm selbst ist ein selbstbewusstes, elegantes und schönes Haus. Dieser Turm passt in seiner klassischen Haltung zum neuen Hamburg. Ich bin sicher, dieses Haus ist ein großer Gewinn für Hamburg und seine Menschen, auch wenn man sich an den Turm erst wird gewöhnen müssen« (Pressemitteilung des Senats vom 8.2.2018, [www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/10411090/2018-02-08-pr-elbtower/](http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/10411090/2018-02-08-pr-elbtower/)).

**Wer sagt heute noch, »das hat der Scholz gut gemacht«?**

Später sagte Scholz zu dem 245 Meter hoch geplanten Turm gegenüber der Presse: »Ich als Bürgermeister möchte, dass die Hamburger sagen, das hat der Scholz gut gemacht, wenn das fertig wird.« Tja, spätestens seit Ende Oktober sagen viele Hamburger\*innen, das hat er schlecht gemacht.

DIE LINKE hatte von Anfang nicht nur dieses völlig überflüssige und deplatzierte Hochhaus kritisiert, sondern auch die Entscheidung für den windigen Investor René Benko. Wiederholte Bestechungsvorwürfe gegen ihn, eine Gerichtsverurteilung sowie ein völlig undurchschaubares Firmenkonstrukt mit Hauptsitz im Steuerparadies Luxemburg waren für Scholz & Co. keine Alarmzeichen. Anscheinend hat der schillernde und »charmante« Benko Scholz und viele andere Politiker\*innen und Investor\*innen blenden können, so beschreiben es zumindest viele aktuelle Medienberichte.

Die Frage, ob Benko so ein Projekt überhaupt fertigbauen könne und nicht eine Bauruine auf die Stadt zukäme, trieb 2018 auch einige SPDler\*innen um. Deshalb forderten sie als Sicherheiten Finanzierungs- und Vorvermietungs nachweise für die Büro- und Hotelnutzung. Der knapp 200 Seiten lange Grundstückskaufvertrag zwischen der Stadt und Benkos Firma wurde entsprechend geändert und sollte – so die Versicherung des Senats – dafür sorgen, dass für die Stadt keine Risiken und keine Bauruine entstehen würden.

Jetzt zeigt sich, dass der Vertrag für die Stadt nicht gut verhandelt war. Ende Oktober wurden die Rohbauarbeiten bei einer Gebäudehöhe von 100 Metern eingestellt, da Benko seit August die Rechnungen des Bauunternehmens nicht mehr bezahlt hat. Nicht nur beim Elbtower, sondern auch bei anderen Benko-Projekten bundesweit gibt es (Bau)Stillstand. In



Klassische Haltung -: mehr Schatten als Licht. Werbefoto von elbtower.de

Hamburg sind auch die Gänsemarktpassage und die Flüggerhöfe am Rödingsmarkt betroffen.

Die Krise bei Benko/SIGNA hat die Milliardäre, deren Gelder in den SIGNA-Unternehmen stecken, aktiv werden lassen. Sie sorgten letztendlich dafür, dass Benko sich Anfang November aus dem operativen Geschäft zurückziehen musste. Was das wirklich heißt, muss sich noch zeigen, da Benkos Stiftung weiterhin 85 Prozent des Konzerns gehören.

Aber zurück nach Hamburg zum Elbtower und zu einigen wichtigen Fragen bzw. Punkten:

## **Droht Hamburg eine Bauruine?**

Ja, zumindest für die nächsten Jahre. Sollte der Rohbau nämlich nicht weitergehen, kann die Stadt frühestens im Jahr 2029 ihr Wiederkaufsrecht ziehen. Auch Strafzahlungen, die eigentlich den Bau vorantreiben sollen, werden erst 2028 fällig.

## **Lückenlose Finanzierung des Elbtowers?**

Alle Planungs- und Baukosten waren verbindlich durchfinanziert – so der Senat. Allerdings galt das nur zum Zeitpunkt des Nachweises vor gut einem Jahr, wie sich jetzt zeigt.



Protest vor dem Haushaltsausschuss am 17. November (Foto: Harald Singler)

### Tauglicher Finanzierer bescheinigt – doch der haftet nicht

Der Senat hat die Vorvermietungsverträge und die Fremdfinanzierungsnachweise nicht selbst geprüft. Das hat der sogenannte Taugliche Finanzierer getan. Im 1. Nachtrag des Kaufvertrages wurde dann aber ein Haftungsausschluss des Tauglichen Finanzierers festgelegt.

## Der Elbtower zu Babel

Von Hartmut Obens, frei nach dem »Turm von Babel« von Johannes R. Becher

Das ist der Turm von Olaf Scholz,  
Verkünden seinen Ruhm überall hin,  
Und seine Nachfolgenden ehren ihn, stur und stolz,  
Man folgt ihm, ohne Verstand und Sinn.

Scholz wollt' mit Benkos Turme  
Wohl in den Himmel steigen  
Und vor keinem Pleite-Sturme,  
der ihn umstürmt, sich neigen.

Gerüchte aber schwirren,  
Die Wahrheit wird verschwiegen,  
Hamburgs SPD lässt sich nicht verwirren,  
Das Rückgrat lässt sich wieder biegen!

Kommen soll ein weiterer Doppel-Wumms,  
Um wieder kläglich zu verhalten.  
Es ist des Scholzens Turm,  
der als Ruine wird zerfallen.

### Versagen der externen Berater\*innen des Senats?

Für viel Geld hat der Senat externe Berater\*innen/Rechtsanwaltskanzleien beschäftigt, um eine Bauruine beim Elbtower auszuschließen? Die Fertigstellung des Elbtowers war für 2025 angekündigt. Weshalb Strafzahlungen dann aber frühestens 2028 und ein Wiederkaufsrecht erst 2029 greifen, müssen Senat und Berater\*innen erklären.

**Fazit:** Es gibt nur eine Erklärung für diesen schlechten Kaufvertrag: Der Senat wollte unbedingt diesen Olaf-Scholz-Gedächtnisturm haben. Dafür hat der Senat Risiken in Kauf genommen, die ihm nun auf die Füße fallen. Alle Warnungen vor Benko wurden ignoriert. Jetzt hat die Stadt ein Desaster – und dafür müssen Scholz und der Senat die Verantwortung übernehmen.

### Nachklapp: Protest vor der Haushaltsausschusssitzung

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE gab es am 17. November eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses zum Elbtower. Vor Sitzungsbeginn haben Aktive aus der Partei DIE LINKE mit einem Nachbau des Elbtowers (Maßstab 1:100) – inklusive der noch fehlenden 140 Meter Großenwahn – Spekulation und das Mahnmal kapitalistischer Stadtentwicklung dargestellt. Diese gelungene Aktion wurde noch künstlerischer untermalt mit einer Moritat und einem abgewandelten Gedicht, die wir beide nachfolgend veröffentlichen, verbunden mit dem Dank an die beiden Verfasser.



Hartmut Obens in seinem Element (Foto: Michael Joho)



# Das missglückte Denkmal

Moritat von Bernhard Stietz-Leipnitz

Der Bürgermeister Olaf Scholz  
war wohlgemäß und auch sehr stolz;  
G 20 und Olympia:  
Ruhmreich hatt' agiert er da.

Nun musste gar ein Denkmal her.  
Für ihn ist sowas gar nicht schwer.  
Wer hat denn hierzuland das Geld,  
zu rühmen Olaf vor der Welt?

Er hat ganz kurz nur nachgedacht,  
mit Benko den Vertrag gemacht.  
Ein Turm soll's werden, riesengroß,  
und niemand fragt: Warum denn bloß?



Bild von Pieter Bruegel d. Älteren (Ausschnitt)



Moritatenschreiber Bernhard Stietz-Leipnitz (Foto: Michael Joho)

Die Maurer gehen frisch ans Werk,  
der Turm wächst bald, er bleibt kein Zwerg.  
Doch plötzlich steht die Arbeit still,  
kein Mensch dort mehr sich quälen will.

Warum? Der Benko zahlt nicht mehr,  
seine Kassen, die sind leer.  
Hamburg in die Röhre schaut –  
Mit Benko heißt: Auf Sand gebaut!

Der Olaf sitzt jetzt in Berlin,  
das Desaster trifft nicht ihn.  
Macht Dressel auch 'ne gute Miene:  
Was droht, ist jetzt 'ne Bauruine!

Merke:  
Willst du dir ein Denkmal bauen,  
sollst du keinem Spekulanten trauen!

# Kürzungspolitik bringt Hamburgs Freiwilligendienste in Gefahr!

Von Sabine Boeddinghaus



Die Fraktionsvorsitzende Sabine Boeddinghaus (Foto: ASB)

Die Ampel plant einen brutalen Kahlschlag überall in Deutschlands Sozialsystemen. Betroffen sind auch die Freiwilligendienste. Verbände, Träger und Freiwillige richten daher den »Hamburger Appell zur Abwendung der Kürzungen bei den Freiwilligendiensten« (siehe Wortlaut weiter unten) an die Politik, der ASB lud zur Veranstaltung ein – allein in Hamburg sind 1.000 Stellen von den Plänen betroffen.

Alle Fraktionen waren eingeladen worden, um ihre Haltung zu diesen Kürzungsplänen öffentlich zu erläutern. SPD und GRÜNE glänzten durch Abwesenheit! Das stieß vielen bitter auf, machte es doch deutlich, dass sie sich ihrer Verantwortung dadurch entzogen. Als Fraktionsvorsitzende appellierte ich an die Regierungsparteien, die Freiwilligendienste zu retten. Die Kürzungspolitik in Bund und Ländern ist nicht nur wirtschaftlich falsch – sie gefährdet auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Daher hat die Linksfraktion auch zwei Anträge in der Bürgerschaft eingebracht, die diese drohenden Kürzungen

scharf kritisieren und den Hamburger Senat auffordern, diese auf Bundesebene kategorisch abzulehnen und wenn dies nicht zum Erfolg führen sollte, deren verheerende Auswirkungen in Hamburg durch Landesmittel und eigene Konzepte zu kompensieren.

Die Regierungskoalitionen aus SPD und GRÜNEN lehnten beide Anträge schlichtweg ab, ohne zumindest dem dringenden Diskussionsbedarf, auch der Verbände und Träger, in einer Anhörung im Fachausschuss zu entsprechen. Schwach!

## Mehr dazu in unseren Anträgen:

- Drs. 22/13085, vom 27.9.2023, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85061/bundeshaushalt\\_wer\\_heute\\_kuerzt\\_zahlt\\_morgen\\_drauf\\_freiwilligendienste\\_staerken\\_statt\\_kuerzen.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85061/bundeshaushalt_wer_heute_kuerzt_zahlt_morgen_drauf_freiwilligendienste_staerken_statt_kuerzen.pdf).
- Drs. 22/13318 vom 25.10.2023, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85318/kuerzungspolitik\\_der\\_ampel\\_regierung\\_schulbegleitung\\_in\\_gefahr.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85318/kuerzungspolitik_der_ampel_regierung_schulbegleitung_in_gefahr.pdf).



# Hamburger Appell zur Abwendung der Kürzungen bei den Freiwilligendiensten

Wir, die Vertreter:innen der Hilfsorganisationen und Träger von Freiwilligendiensten, richten diesen dringenden Appell an die politisch Verantwortlichen im Bund und in unserer Stadt und in Richtung der Hamburger Öffentlichkeit, für die ein funktionierendes Gemeinwesen mit Engagement so wichtig ist!

Die angekündigten massiven Haushaltskürzungen der Bundesmittel für alle Freiwilligendienste für die Jahre 2024 und 2025 gefährden nicht nur die Zukunft unserer freiwillig Engagierten, sondern auch die Werte, die sie in unserer Gesellschaft verkörpern.

Die Freiwilligen leisten einen unschätzbaren Beitrag in Kitas, Schulen, Sportvereinen, im Naturschutz, in der Kultur und der Pflege. Sie sammeln wertvolle Erfahrungen im sozialen Bereich und bieten unseren Fachkräften unersetzliche Unterstützung, insbesondere in Zeiten des Arbeitskräftemangels. Die im Bundeshaushalt vorgeschlagenen Kürzungen gefährden all dieses Engagement. Und: Sie treffen erneut die Generation, die durch Corona-Pandemie bereits sehr gelitten hat. Statt diese jungen Menschen potenziell für ein lebenslanges Engagement zu gewinnen, wird ihnen wieder signalisiert, dass sie keine Priorität für die Politik haben. Gerade mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen wie der Bewältigung der Folgen von Krieg und Flucht, der Klimakrise oder der Folgen des demografischen Wandels brauchen wir jetzt MEHR Engagement und nicht WENIGER! Die Kürzungen treffen uns im Mark!

Zum aktuellen Zeitpunkt müssen wir davon ausgehen, dass 2024 jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten verloren gehen wird, wenn die Kürzungen wie im Haushaltsentwurf vorgesehen, umgesetzt werden. Zur laufenden Kampagne und Petition möchten wir folgende Botschaften vermitteln:

Wir appellieren daher an Sie, die Kürzungen der Freiwilligendienste abzuwenden und die wichtige Arbeit dieser engagierten Menschen zu unterstützen. Die Freiwilligendienste sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft und sollten gestärkt, nicht geschwächt werden.  
Hamburg, 6.11.2023

Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Hamburg e.V.  
AWO Landesverband Hamburg e.V. | Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V. | Diakonisches Werk Hamburg | Elsa Brändström Haus im DRK e.V. | Erzbistum Hamburg Fachbereich Freiwilligendienste | Internationaler Bund e.V. IB Nord | Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) Landesverband Hamburg e.V. | Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Hamburg | Landesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste (LAG) | Leben mit Behinderung Hamburg Sozialeinrichtungen gGmbH | Malteser Hilfsdienst gemeinnützige GmbH Diözesan- und Bezirksgeschäftsstelle Hamburg | Petitor:innen und Sprecher:innen der Bundesfreiwilligendienste

Mehr unter: [www.asb-hamburg.de/aktuell/news/detail/hamburger-appell-rettet-die-freiwilligendienste](http://www.asb-hamburg.de/aktuell/news/detail/hamburger-appell-rettet-die-freiwilligendienste).

## Olympische Spiele in Hamburg? Nein heißt Nein!

Von Heike Sudmann

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hatte am 21. Oktober zu einem Dialogforum in die Handelskammer eingeladen. Das Thema lautete, »ob Hamburg Austragungsort für Olympische oder Paralympische Spiele werden soll«. Nur rund 40 Menschen beteiligten sich. Auf dem Podium kamen ausschließlich Befürworter\*innen zu Wort. Die »Ergebnisse« des Dialogforums sollen in die abschließende Meinungsbildung des DOSB einfließen. Die kaum wahrnehmbare Bewerbung der Veranstaltung widersprach den Beteuerungen des DOSB-Vertreters, mit breiten Teilen der Gesellschaft reden zu wollen.

Zur Erinnerung: Im November 2015 haben die Hamburger\*innen sich beim Bürgerschaftsreferendum klar gegen Olympische Spiele in der Stadt ausgesprochen. Selbst eine massive Werbekampagne konnte die Kritik – etwa an den un-

überschaubaren Kosten für die Hamburger\*innen, der weiteren Kommerzialisierung der Stadt und des Sports sowie den Milliarden Gewinnen für den IOC – nicht entkräften. Jeder Versuch, diese Abstimmung zu ignorieren oder umzuinterpretieren, zeigt doch nur, dass Senat und DOSB schlechte Verlierer sind.

An den Gründen für eine solche Ablehnung hat sich seither nichts geändert. Korruption im IOC ist immer noch an der Tagesordnung und die Knebelverträge für die Austragungsstädte bestehen unverändert fort. Der Versuch, die Spiele als besonders nachhaltig zu vermarkten, ist nur ein typisches Beispiel für Greenwashing. Die Aufteilung der Olympischen Spiele auf mehrere Austragungsorte (z.B. Berlin und Hamburg) ist ein geschickter Schachzug des DOSB. Er soll vermitteln, dass die geteilten Kosten für die Austragungsorte we-

niger belastend seien. Und sicherlich soll damit auch der Protest sich verteilen und nicht so massiv wirken.

Das Konzept für die Olympischen Spiele in Deutschland soll erst im Laufe des weiteren Bewerbungsverfahrens erstellt werden – vorausgesetzt, es gäbe eine breite Zustimmung der Bevölkerung. Wie die erfasst wird, bleibt im Unklaren. Kolportiert wurde u. a., dass keine neuen Sportstätten gebaut würden. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass vorhandene Sportstätten »temporär« vergrößert werden sollen. Da wird es mit der Kostenersparnis nicht so weit her sein.

Nicht so weit her ist es auch mit der Transparenz beim Hamburger Senat. Ihm wurde vom DOSB ein »Memorandum of Understanding« vorgelegt, das er bis zur Mitgliederversammlung des DOSB Anfang Dezember unterzeichnen soll. Der Senat hält es nicht für nötig, über die Inhalte zu informieren. Begründung: Es läge noch keine finale Fassung vor, die Überlegungen des Senats seien hierzu noch nicht abgeschlossen. Nachzulesen in der Senatsantwort auf meine Kleine Anfrage, Drs. 22/13289 vom 30. Oktober, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85273/olympia\\_bewerbung\\_reloaded\\_wieso\\_beteiligt\\_sich\\_der\\_senat\\_was\\_hat\\_er\\_bisher\\_getan\\_und\\_was\\_hat\\_er\\_nicht\\_oeffentlich\\_gemacht.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85273/olympia_bewerbung_reloaded_wieso_beteiligt_sich_der_senat_was_hat_er_bisher_getan_und_was_hat_er_nicht_oeffentlich_gemacht.pdf). Ohne Diskussion in der Stadtgesellschaft und in der Bürgerschaft über eine erneute Bewerbung verbietet sich eine Unterschrift unter das geforderte »Memorandum of Understanding« und eine Teilnahme Hamburgs an der Bewerbung. Für uns LINKE ist klar: Es ist und bleibt die Aufgabe von Stadt und Bund, in unserer Stadt ausreichend Geld für Sportstätten und Sportvereine zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht niemand das IOC und die Olympischen Spiele.

**Aktueller Nachtrag:** Am 21. November hat der Senat das Memorandum unterschrieben. Vermutlich hat es dieselben Inhalte wie das von der Stadt München – nach vorheriger Diskussion in den politischen Gremien – unterschriebene Exemplar. Unter anderem verpflichten sich da die unterzeichnenden Städte, jeweils bis maximal 500.000 Euro nur für die Erarbeitung des Bewerbungskonzeptes zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE beantragt in der nächsten Bürgerschaftssitzung, die Unterschrift rückgängig zu machen. Außerdem soll der Senat keine Bewerbung für Olympische Spiele betreiben,



Tweed von Deutschlandfunk Sport @DLF\_Sport am 10. November

solange es keine grundlegenden und überprüften Veränderungen beim IOC gibt, die Korruption, Knebelverträge für die Ausrichterstädte und Länder und finanzielle Übervorteilung des IOC ausschließen.

**Zum Nachhören:** Am 9. November durfte ich auf der Sportkonferenz des Deutschlandfunks mit Stephan Brause, Leiter der Stabsstelle Olympiabewerbung beim DOSB, über die Frage »Braucht Deutschland Olympische Spiele« streiten. Einen 30-minütigen Mitschnitt des Streitgesprächs gibt es hier: [www.deutschlandfunk.de/streitgesprach-olympia-brause-sudmann-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/streitgesprach-olympia-brause-sudmann-100.html). Mehr zu der Konferenz gibt es hier: [www.deutschlandfunk.de/10-sportkonferenz-im-deutschlandfunk-nachhaltigkeit-sportevents-euro-em-olympia-102.html](http://www.deutschlandfunk.de/10-sportkonferenz-im-deutschlandfunk-nachhaltigkeit-sportevents-euro-em-olympia-102.html).

**Letzter Nachsatz:** Nach dem Austritt von Metin Kaya aus der Hamburger Linksfraktion hat Heike Sudmann auch die Funktion der sportpolitischen Sprecherin übernommen.



Streitgespräch mit Stepahn Brause am 9. November in Köln (Foto: Credits bilder-spoko\_2023-11-10\_1120(1).zip\)



# Bildungswende in Bergedorf?

Veranstaltung mit Robert Gruber und Sabine Boeddinghaus

Von Hanno Plass



Sabine Boeddinghaus, Christin Feiler und Robert Gruber (Foto: Hanno Plass)

Am 1. November luden der Bezirksverband der Partei DIE LINKE und die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer Diskussion ins Veranstaltungszentrum SerahnEINS in Bergedorf ein, um darüber zu diskutieren, was für die dringend nötige schulpolitische Bildungswende vor Ort nötig sei. Insgesamt nahmen zwanzig Interessierte an der Veranstaltung teil, die Christin Feiler, Mitglied des Bezirksvorstandes, moderierte.

Bildungspolitische Themen haben in Bergedorf eine hohe Relevanz, weil die aktuelle Schulentwicklungsplanung hinter den realen Anforderungen zurückbleibt bzw. schlecht kommuniziert und umgesetzt wird, wie Robert Gruber von der Linksfraktion Bergedorf einführte.

Für große Diskussion sorgte der Kauf des sogenannten Dello-Areals, Sander Damm 5, das für 9,5 Millionen Euro von der Stadt just zurückgekauft wurde. Zündstoff in der Diskussion bot nicht nur die Summe, die für das Grundstück aufgebracht wurde, sondern auch das widersprüchliche Vorgehen der Schulbehörde. Denn bevor der neue Schulentwicklungsplan 2019, unter schweren Geburtswehen, überhaupt das Licht der Welt erblickte, hatte der Schulsenator vollmundig verkündet, das Gelände käme für den Schulbau nicht in Betracht, weshalb ein Kauf damals, noch zu einem weitaus geringeren Preis, gar nicht erst erwogen wurde. Nun, vier Jahre später, vollzog er plötzlich eine sauteure Kehrtwende und schuf Fakten, ohne Einwände und Alternativen vor Ort sorgfältig zu prüfen.

Aus dem Publikum kam der Einwand, es wäre in Bergedorf auch ohne den Grundstückskauf am Sander Damm durchaus möglich gewesen, die schulischen Kapazitäten den Erfordernissen anzupassen und Grundschulplätze z.B. durch die Konzeptionierung einer Langform-Stadtteilschule (mit den Klassen 1 bis 13) zu schaffen.

Die Planungen der Schulbehörde samt Kauf des Geländes zeigten konkret, wie sehr eine regionale Schulentwicklungsplanung unter Einbezug der bildungspolitischen Akteur\*innen vor Ort nottäte und Sinn machte, bemerkte Sabine Boeddinghaus.

Neben diesem pressebekannten Aspekt des »Dello-Areals« wurde bemängelt, dass in das Gebäude der geschlossenen Förderschule ein nur 3,5-zügiges Gymnasium käme, während die Stadtteilschulen im Bezirk übervoll seien. Allein die Kosten, es kursierte die Summe von 27 Millionen Euro, für die Baumaßnahmen am neuen Gymnasium zeigten diese Fehlplanung. Denn erstens sei die Schulform per se ein Problem, und zweitens verschlinge ein so kleines Gymnasium verhältnismäßig mehr Ressourcen als größere Schulen. Erschwerend komme hinzu, dass das kleine Gymnasium schon 2026, die neue geplante Stadtteilschule bei weitaus akuterem Bedarf aber erst 2027 fertiggestellt werden soll.<sup>1</sup>

Die Behauptung der Schulbehörde, so die Kritik aus dem Publikum, mensch habe es mit zwei gleichwertigen Säulen im Schulsystem zu tun – Gymnasium und Stadtteilschule (STS) – sei angesichts der Aufgabenfülle an den STS und dem um eine Vielzahl von pädagogischen und sozialen Aufgaben »bereinigten« Gymnasium ein Hohn. Sabine Boeddinghaus unterstrich die Forderung der Linksfraktion, die Gymnasien vollumfänglich an den Aufgaben von Integration und Inklusion zu beteiligen. Denn sie wisse, dass es auch an den Gymnasien ein aufkeimendes Verständnis für die Notwendigkeit der Beteiligung an den Aufgaben des Schulwesens gebe – und das Abschulen zu untersagen. Gymnasien seien aufgefordert, an der Lösung der Aufgaben in der Bildung teilzunehmen.

<sup>1</sup> Siehe auch Drs. 22/13156 vom 13.10.2023, Anlage. [https://www.buerger-schaft-hh.de/parldok/dokument/85140/schulentwicklung\\_in\\_bergedorf.pdf](https://www.buerger-schaft-hh.de/parldok/dokument/85140/schulentwicklung_in_bergedorf.pdf).

Vor diesem Hintergrund gab es auch eine Verständigung darüber, dass zukünftig zu bauende weiterführende Schulen allesamt Stadtteilschulen sein müssten, weil sie integrierend und nicht segregierend konzeptioniert sind und entsprechend pädagogisch arbeiten.

In der weiteren Diskussion wurde als Teil des augenblicklichen Problems der Überforderung vieler Schulen die mangelhafte Reform der Lehrer\*innenausbildung identifiziert – das Grundschullehramt wurde vom Lehramt für die Mittelstufe abgetrennt, dort fehlen dadurch jetzt viele Qualifikationen – und für ein grundständiges einheitliches Lehramt von Klasse 1 bis 13 mit einem pädagogischen Kern und inhaltlichen Ausformungen plädiert.

Denn pädagogische Aufgaben seien mehr als eine Vermittlung von Fachwissen. Das sahen die Bergedorfer\*innen mit Blick auf die Schulen ihres Bezirks deutlich. Sie wussten zu berichten, dass die Lehrkräfte unter der hohen Belastung leiden und erkranken würden und nach wenigen Berufsjahren ausgebrannt seien. Der Tenor war, dass die bildungspolitische Beschränktheit der Schulbehörde und ihr ideologisches Festhalten am Zwei-Säulen-Modell der Sorgfaltspflicht des Arbeitgebers für die Gesundheit der Beschäftigten nicht entsprechen würde.

Es wurde auch angebracht, dass in der Debatte um »Eine Schule für alle« die Berufsschulen aus der Debatte herausfielen, obwohl diese eine sehr unterschiedliche Schüler\*innen-

schaft hätten. Eine große Diversität der Klassen stellten an die Lehrkräfte die Anforderung, einen stark individualisierten und binnendifferenzierten Unterricht zu machen, dies sei seit Jahr und Tag gelebte Praxis.

Positiv wussten die Teilnehmer\*innen zu berichten, dass an der Grundschule Allermöhe eine Gesundheitsfachkraft mit einer halben Stelle viel für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder bewirke und wegweisende Initiativen beginne. Doch leider sei ihre Stelle projektgebunden und befristet.

Kritisch angemerkt wurde, dass wenig gesprochen wurde über den Weg einer konkreten Bildungswende in Bergedorf. Dabei, so die Erwiderung, läge viel in systematischen Weichenstellungen auf Landesebene – wobei die bezirkliche Verankerung der Schulentwicklungsplanung in den Regionalen Bildungskonferenzen ein entscheidender Baustein für ein demokratisch und sinnvoll gestaltetes Schulwesen sei.

Sabine Boeddinghaus und Robert Gruber beschlossen den Abend, damit, dass sie betonten, wie wichtig für alle schulpolitischen Akteur\*innen die gemeinsame und gleichberechtigte Kommunikation über die Lage und Perspektive der Bildung sei. Boeddinghaus kündigte für Juni 2024 einen Bildungsgipfel an, der eine solche Plattform bieten könne. Sie unterstrich, dass es eigentlich Aufgabe der Behörde für Schule und Berufsbildung sei, alle Schulen zusammenzubringen und alle Beteiligten für die Bildung der jungen Menschen in die Verantwortung zu nehmen.

## **Bundesverfassungsgerichtsurteil, Schuldenbremse und Hamburger Verkehrsprojekte**

**Von Heike Sudmann**

Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte November die Hauptfinanzierungsquelle des sogenannten »Klima- und Transformationsfonds« (KTF) gestoppt. Damit stehen die fest eingeplanten 60 Milliarden Euro, die aus dem Topf der nicht verbrauchten Mittel für die Bekämpfung der Corona-Pandemie umgeschichtet werden sollten, nicht mehr zur Verfügung. Unsere Bundestagsabgeordnete Gesine Lötsch kommentierte das treffend: »Das Bundesverfassungsgericht hat die Taschenspielertricks der Ampel durchschaut und gestoppt. Bundesfinanzminister Lindner steht vor einem Scherbenhaufen.« DIE LINKE hat die Schuldenbremse immer abgelehnt, auch weil sie eine Investitionsbremse ist.

12 Milliarden Euro aus dem KTF sollte alleine die Deutsche Bahn (DB) erhalten. Welche Auswirkungen die jüngste Entwicklung auf die DB-Projekte in und um Hamburg herum hat, konnten weder Senat noch die DB in den Ausschusssitzungen der Bürgerschaft wenige Tage nach dem Urteil sagen.

Befürchtungen habe ich für die nun endlich vorgestellten Pläne zur Verbesserung der S-Bahn-Verbindungen nach Bergedorf und Harburg. Die DB will hierfür einen Antrag auf Förderung nach dem »Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz« (GVFG) stellen. Ob in diesem Topf zukünftig noch genügend

Mittel vorhanden sein werden, wenn eine Umschichtung der Projekte aus dem KTF erfolgen wird/muss, ist fraglich. Das gilt natürlich auch für die U-5-Finanzierung.

Beim Verbindungsbahntentlastungstunnel (VET) und dem geplanten Ausbau des Hauptbahnhofs habe ich hingegen die Hoffnung, dass beides nochmal auf den Prüfstand kommt. Bisher wurden Alternativen zur Entlastung des Hauptbahnhofs (z.B. Durchbindung) nicht ernsthaft geprüft. Beim VET sollen zig Milliarden Euro verbuddelt werden, ohne dass die S-Bahn später noch Erweiterungsmöglichkeiten hat, das ist doch auch verrückt. Damit mehr Gelder für nachhaltige und sinnvolle Verkehrsprojekte bereitstehen können, müssen der VET und die U5 gestoppt werden – und natürlich auf die A 26-Ost.

DIE LINKE setzt sich für eine Streichung der Schuldenbremse ein. Eine weitgehende Reform fordern inzwischen sogar die von der Ampel selbst eingesetzten Wirtschaftsweisen. Da im Bundestag dafür derzeit keine Mehrheit zu bekommen ist, fordern wir von der Bundesregierung, die beginnende Klimakatastrophe zu einer Notlage zu erklären und die Schuldenbremse auszusetzen. Ergänzend ist eine Vermögenssteuer für Superreiche einzuführen. Das Leben zukünftiger Generationen darf nicht an der Ideologie des Finanzministers hängen.



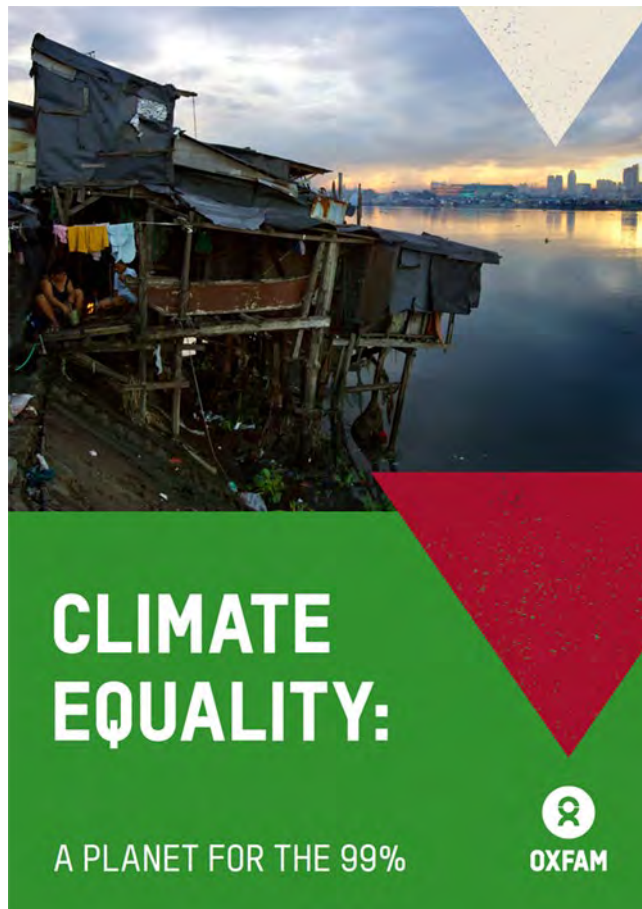
Auch der für eine echte Verkehrswende eintretende Verein Prellbock Altona e.V. nimmt das Haushaltsdefizit von 60 Milliarden zum Anlass, fragwürdige Hamburger Megaprojekte infrage zu stellen. Es sei davon auszugehen, dass der Bund nicht ansatzweise die Mitfinanzierung solcher Vorhaben wie die A26, die U5, die S4, die Bahnhofsverlegung von Altona nach Diebsteich und des damit verbundenen Verbindungsbahnentlastungstunnels (VET) übernehmen würde.

»Angesichts der zur erwartenden Finanzierungslücke«, so der Initiativen-Sprecher Michael Jung, »gehören alle ambitionierten Hamburger Jahrhundert-Verkehrsprojekte auf den Prüfstand [...] Gigantische Tunnelprojekte wie U5 und der VET haben keinen Nutzen für die Fahrgäste und schaden nur dem Klima und sind volkswirtschaftlich nicht zu verantworten.« Die ganze Erklärung vom 20. November gibt es hier: <https://prellbock-altona.de/>.

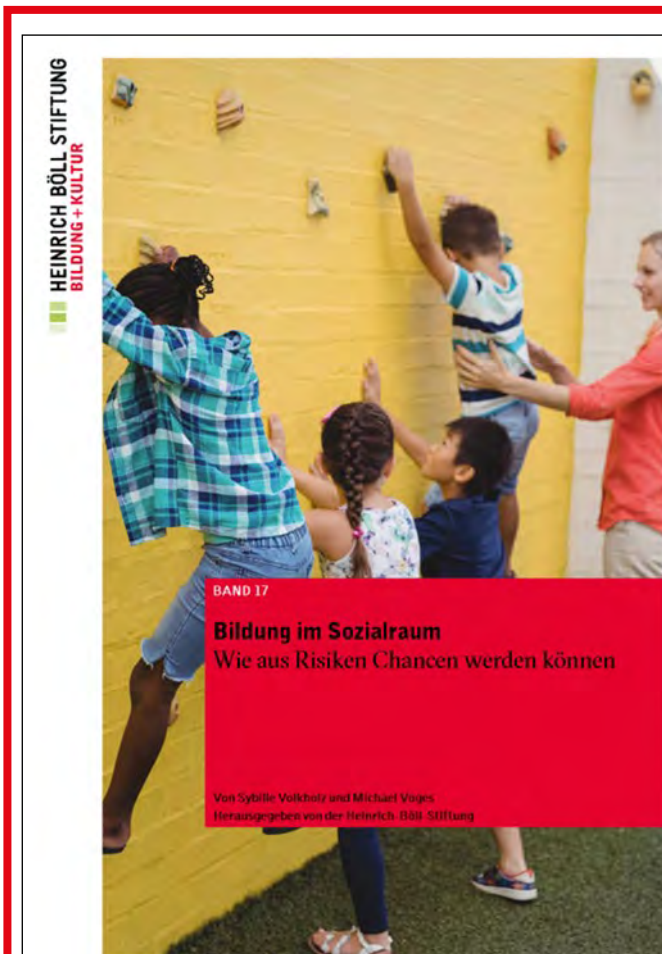
## Tipps und Termine

Wie so oft zunächst eine Meldung zur Lage des Klimas. Am 20. November hat OXFAM eine neue Studie vorgelegt, nach der **das reichste Prozent der Weltbevölkerung im Jahre 2019 alleine so viele Treibhausgase verursacht hat, wie die ärmsten zwei Drittel der Menschheit, nämlich fünf Milliarden.** »Auf Deutschland bezogen«, so die »ZEIT online« vom 20. November, »verursachte das reichste Prozent der Einwohner 2019 insgesamt 83,3 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf und Jahr und damit mehr als 15-mal so viel wie die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung« ([www.zeit.de/wirtschaft/2023-11/oxfam-studie-co2-reiche-klima-verbrauch](http://www.zeit.de/wirtschaft/2023-11/oxfam-studie-co2-reiche-klima-verbrauch)). Hier wird auch Manuel Schmitt, OXFAM-Referent für soziale Ungleichheit, zitiert: »Durch ihren extremen Konsum befeuern die Reichen und Superreichen die Klimakrise, die mit Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen bedroht, insbesondere in den einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens.« Extremer Reichtum sei mithin eine wesentliche Triebkraft für die Klimakrise. Den englischsprachigen O-Ton – also den Bericht »Climate Equality: A Planet for the 99 %« – gibt es hier: [www.oxfam.org/en/press-releases/richest-1-emit-much-planet-heating-pollution-two-thirds-humanity](http://www.oxfam.org/en/press-releases/richest-1-emit-much-planet-heating-pollution-two-thirds-humanity).

Die GRÜNEN-nahe Heinrich-Böll-Stiftung hat eine neue, 116-seitige **Broschüre** zum Thema **Bildung im Sozialraum. Wie aus Risiken Chancen werden können** vorgelegt. In der Kurzbeschreibung heißt es dazu: »In Deutschland gelten rund 2,2 Millionen Schülerinnen und Schüler als »bildungsarm«, denn sie verfügen zum Beispiel nicht über die Mindestkompetenzen in Deutsch und Mathematik. Die Gründe dafür sind vielfältig, und ebenso vielfältig ist diese Zielgruppe, die seit PISA vereinfachend »Risikogruppe« genannt wird. Meist handelt es sich um Kinder und Jugendliche, die in ökonomisch prekären Verhältnissen aufwachsen, sowie Schülerin-



nen und Schüler aus Förderschulen. Wer für die »Risikogruppe« neue Zugänge im Bildungssystem öffnen und ihre Bildungschancen verbessern will, muss die realen Lebenswelten dieser Kinder, Jugendlichen und Familien genau in den Blick nehmen. Denn um wirksam zu werden, müssen sich die Interventionsstrategien auf die jeweiligen Problemlagen beziehen. Die Autorinnen und Autoren der Publikation »Bildung im Sozialraum« haben das mittels Interviews getan. Und sie geben dezidierte Empfehlungen, wie aus Risiken Chancen erwachsen können.« Gibt's hier: [www.boell.de/de/2022/09/12/bildung-im-sozialraum](http://www.boell.de/de/2022/09/12/bildung-im-sozialraum).



Und gleich danach etwas zu den Rechten und Rechttesten, denn so wie es aussieht – in Deutschland und halb Europa –, führt kein Weg drumherum, sich ihnen auf den Straßen und in Gesprächen entgegenzustellen. **Hilfreiches Material** für die Argumentation hat beispielsweise die Gewerkschaft ver.di Mittelfranken herausgegeben. **Wenn die AfD an die Macht käme**, so der Titel der kleinen Broschüre für die Gesäßtasche. Diese Schreckensvision führt zu neun interessanten Ausführungen unter Verwendung von AfD-Positionen. Was eine AfD-Herrschaft z.B. für Arbeitnehmer\*innen, Frauen, Migrant\*innen, Rentner\*innen usw. bedeuten würde, wird kurz und prägnant veranschaulicht. Gibt's hier: <https://mittelfranken.verdi.de/++file++64d388db0e0f25b7254fe9fb/download/verdi-No-AfD-Brosch%C3%BCre-2023-komplett-Internet.pdf>.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat in einer Pressemitteilung vom 7. November auf die Verschärfung der Lage ihrer Klientel hingewiesen. Wir zitieren aus ihren aktuellen Hochrechnungsergebnissen: »Im Verlauf des Jahres **2022 waren in**

**Wäre die AfD an der Macht, bedeutet das für mich als... 06**

**Gewerkschafter\*in**  
*„Marktradikale Positionen statt Schutz von Arbeitnehmer\*innen“*

**NO!**

NO AfD 2023 - „Wenn die AfD an die Macht käme...“

Ich spiele keine Rolle mehr. Tatsächlich existiert in der blau-braunen Welt der AfD keine Gewerkschaftskultur. Im Grundsatz- und im bayerischen Wahlprogramm kommt das Wort Gewerkschaft genau Null mal vor. Die AfD schreibt im Grundsatzprogramm stattdessen: „Die Zukunft der organisierten Unternehmer- und Beschäftigtenvertreter ist blau.“ Was darunter zu verstehen ist? „Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit (...). Eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft.“ Sie will demnach eine „Flexibilisierung des Arbeitsrechts“. Das Programm ist ausgelegt auf Unternehmen. Die Probleme, die mich als Gewerkschafter\*in betreffen, wie Tarifflicht, die zunehmende prekäre Beschäftigung, Rationalisierungen oder die zunehmende Entgrenzung von Arbeit und Privatleben, existieren für sie nicht. So steht die AfD den gewerkschaftlichen Interessen entgegen.

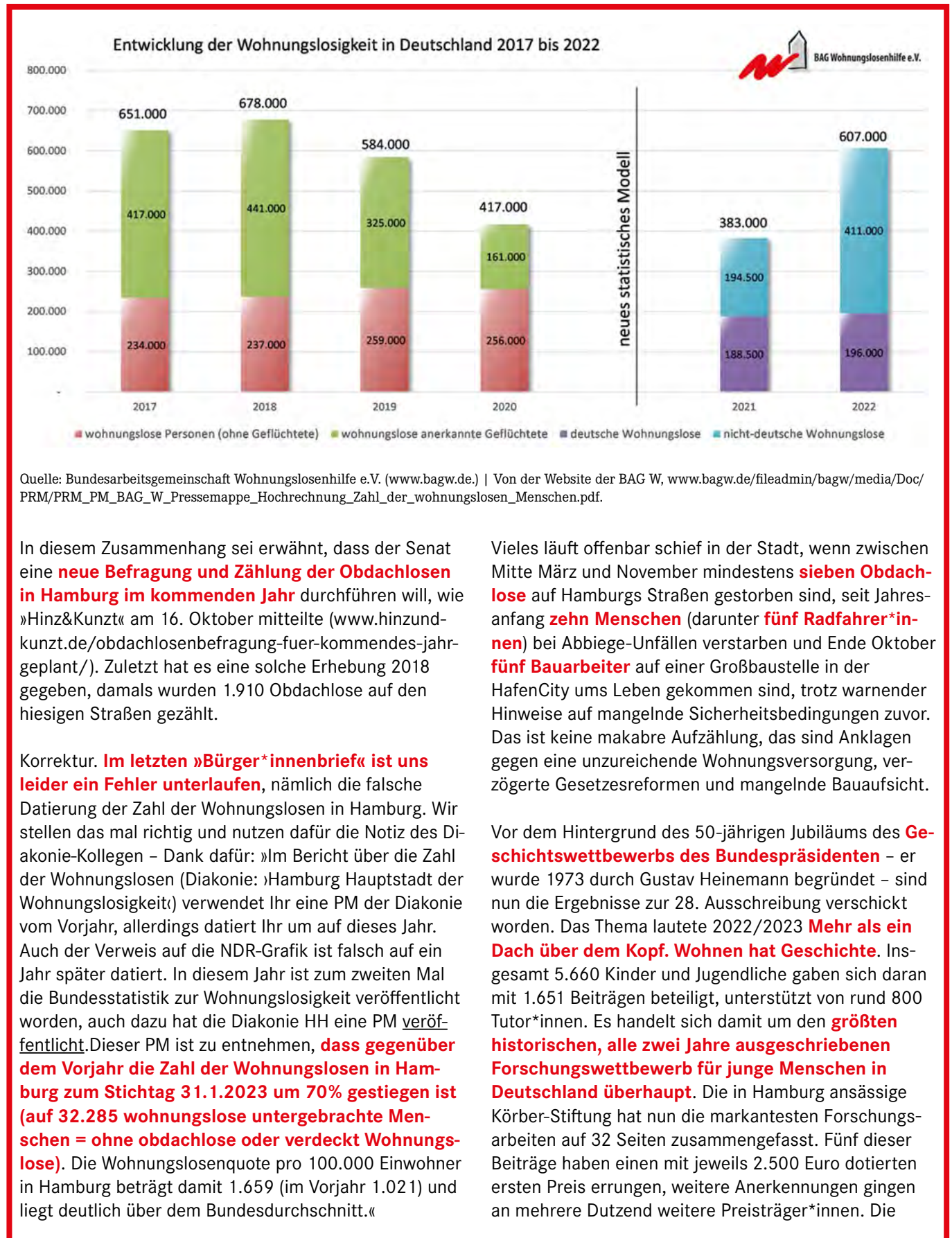
Meine gewerkschaftliche Solidarität gilt nicht zuletzt allen abhängig Beschäftigten. Ohne Blick auf Herkunft, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, Behinderungen und sozialen Status.

**06**

NO AfD 2023 - „Wenn die AfD an die Macht käme...“

**Deutschland demnach 607.000 Menschen wohnungslos.** Davon lebten ca. 50.000 ganz ohne Unterkunft auf der Straße. Zum Stichtag 30.06.2022 waren laut Hochrechnung der BAG W 447.000 Menschen wohnungslos. Zum Stichtag 30.06.2021 hat die BAG W die Zahl von 268.000 wohnungslosen Menschen ermittelt. Die Jahresgesamtzahl für 2021 liegt laut BAG W-Hochrechnung bei 383.000 wohnungslosen Personen. Aus den Zahlen ergibt sich ein **Anstieg der Stichtagszahl von 2021 zu 2022 um 67% und der Jahresgesamtzahl um 58%**. Eine Differenzierung bei den Stichtagszahlen zwischen deutschen und nicht-deutschen Wohnungslosen zeigt zudem deutliche Unterschiede. Bei den deutschen Wohnungslosen ergibt sich ein Anstieg von 5%, bei den nicht-deutschen um 118%. Letzteres ist insbesondere auf die enorme Zunahme der Zahl wohnungsloser Geflüchteter, ganz besonders aus der Ukraine, zurückzuführen« ([www.bagw.de/de/neues/default-164e4d750506ad4a04703330687b3e2b](http://www.bagw.de/de/neues/default-164e4d750506ad4a04703330687b3e2b)). *Siehe hierzu auch die Grafik auf der nächsten Seite.*





Kurzberichte über die eingereichten Arbeiten, darunter auch einige aus Hamburg, enthalten vielerlei Anregungen. Guckst du hier: [https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/34564/spurensuchen\\_37.pdf](https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/34564/spurensuchen_37.pdf).



Die Freie und Hansestadt Hamburg hat einen neuen Online-Dienst etabliert: die Möglichkeit, Wohnungsleerstand zu melden. »Knapp 13 Jahre nachdem Hamburger Bürger\*innen den ersten **Online-Leerstandsmelder** ins Leben gerufen haben, zieht jetzt die Stadtentwicklungsbehörde nach: Ab sofort kann jede\*r **Leerstände anonym und leicht zugänglich bei den Ämtern anzeigen**« (»Hinz&Kunzt« vom 5.9.2023, [www.hinzundkunzt.de/leerstandsmelder-2-0/](http://www.hinzundkunzt.de/leerstandsmelder-2-0/)). Schließlich liegt laut Wohnraumschutzgesetz eine Zweckentfremdung vor, wenn eine Wohnung grundlos länger als vier Monate leer steht. Alles Weitere findet sich auf der neuen Behörden-Website [https://serviceportal.hamburg.de/HamburgGateway/Service/Entry/AFM\\_LeerSd](https://serviceportal.hamburg.de/HamburgGateway/Service/Entry/AFM_LeerSd).

Im Oktober hat die Stadtentwicklungsbehörde ihren neuen **Wohnungsbaubericht Hamburg 2022** vorge-

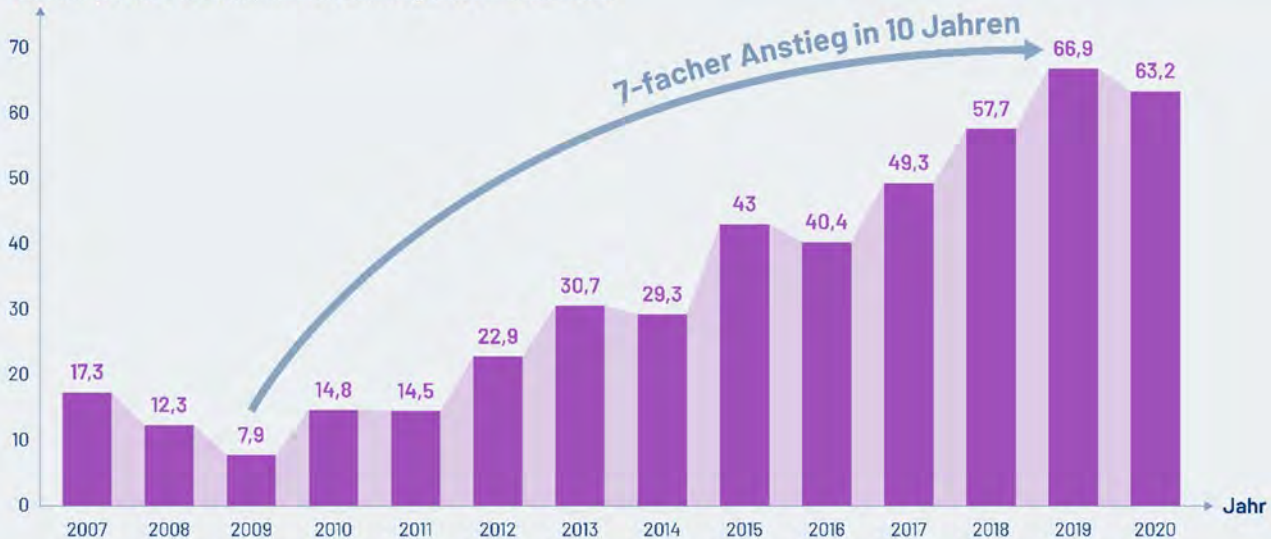
legt. Auf 46 Seiten wird ein ganzes **Zahlenmeer** zu Baugenehmigungen- und -fertigstellungen, zu geförderten Wohneinheiten, Modernisierungen, Bindungsverlängerungen usw. geliefert, und alles auf dem Stand von Ende 2022, oft genug verbunden mit entsprechenden Zahlenreihen seit 2011, dem Antritt des SPD-geführten Senats. Das unverzichtbare Material für alle wohnungspolitisch Engagierten gibt es hier: [www.hamburg.de/contentblob/17488218/ca8df3ec2c24b856634118b8cf458b16/data/d-wohnungsbaubericht-2022.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/17488218/ca8df3ec2c24b856634118b8cf458b16/data/d-wohnungsbaubericht-2022.pdf).

Das Zahlenmeer im Wohnungsbaubericht weitet sich in den am 10. Oktober erschienenen **Hamburger Stadtteil-Profilen** für das Berichtsjahr **2022** zu einem wahren **Datenozean** aus. Auf 204 Seiten stehen für jeden Stadtteil zwei Seiten zur Verfügung, auf denen jeweils die wichtigsten relevanten Informationen zur Bevölkerung, zur Sozialstruktur, zu den Wohnverhältnissen, zur Infrastruktur und zum Verkehr zu lesen sind. Das ebenso unverzichtbare Material für alle Stadtteilinteressierten und -kämpfer\*innen gibt es seit einigen Jahren nur noch hier im Netz.



## FINANZUNTERNEHMEN AUF DEM MARKT FÜR MIETWOHNUNGEN (EU)

Wert der pro Jahr erworbenen Mietwohnungen in Milliarden Euro



Grafik: Von Finanzunternehmen gekaufte Mietwohnungen in Mrd. Euro in der EU.

»Kapital und Obdach«, so hat die »junge welt« vom 10. November einen Artikel überschrieben, in dem eine »neue Studie zur Radikalisierung von Vonovia und Co« vorgestellt wird ([www.jungewelt.de/artikel/462841.wohnungsmarkt-kapital-und-obdach.html](http://www.jungewelt.de/artikel/462841.wohnungsmarkt-kapital-und-obdach.html)). Die betreffende **Untersuchung** stammt aus den Federn der »Bürgerbewegung Finanzwende«, umfasst 57 Seiten und setzt sich kritisch mit der Frage auseinander, **Wie die Finanzmärkte die Wohnungskrise in Deutschland befeuern**. Der Haupttitel lautet daher auch schlicht **Rendite mit der Miete**. »Die Studie analysiert«, so das Autor\*innenteam in seiner Zusammenfassung, »die Geschäftspraktiken von finanzierten Wohnungsunternehmen in Deutschland und deren Auswirkungen auf den Mietmarkt. Sie zeigt auch Handlungsmöglichkeiten auf, wie die verantwortlichen Politiker\*innen den negativen Entwicklungen entgegenwirken können.« Mehr im Original unter [www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Immobilien\\_Report\\_20231107-1.pdf](http://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Immobilien_Report_20231107-1.pdf). Daraus die obenstehende Grafik.

Kurz vor den diesjährigen 14. Wohnprojekte-Tagen am 17./18. November hat der Veranstalter **Stattbau Hamburg** eine neue Nummer seiner immer sehr informativen Zeitschrift **FREIHAUS** herausgegeben. Das 64-seitige Heft ist prall gefüllt mit Beiträgen und dreht sich dieses Mal primär um die **Neue Gemeinnützigkeit**

**im Wohnungswesen**, ein Projekt, das von der Bundesregierung seit längerem verschleppt wird. Dankenswerterweise ist das Heft sofort nach Erscheinen im Netz veröffentlicht worden.

Wie wichtig die Wiedereinführung einer Gemeinnützigkeit im Wohnungsbereich wäre, unterstreicht auch eine Ende Oktober veröffentlichte **Studie** über die Lebenshaltungskosten und speziell die Bedeutung der Wohnkosten. Ihr Titel: **Regionaler Preisindex für Deutschland – ein neuer Erhebungsansatz mit Big Data**. Erarbeitet wurde das 66 Seiten umfassende Gutachten vom »Institut der deutschen Wirtschaft« (IW) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Darin wird aufgezeigt, dass es **primär die Wohnkosten sind, die das Leben in einigen Städten und Regionen so besonders teuer machen**. So fällt der Preisindex bei den Wohnkosten in Hamburg gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt mit 136,2 Prozent sehr hoch aus, beim Preisindex ohne Wohnkosten liegt er mit 101,4 Prozent nur geringfügig darüber ([www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/henry-goecke-ralph-henger-christoph-schroeder-bjarne-schroeder-jan-marten-wendt-wo-das-leben-wie-viel-kostet.html](http://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/henry-goecke-ralph-henger-christoph-schroeder-bjarne-schroeder-jan-marten-wendt-wo-das-leben-wie-viel-kostet.html)). Der NDR kam dann am 4. November auch mit der Schlagzeile »Hamburg im Norden am teuersten«. Danach sind die Wohnkosten

der belastendste Teil bei den Lebenshaltungskosten. »Dass das Wohnen mittlerweile einen sehr großen Anteil an den Lebenshaltungskosten hat, zeigen auch Zahlen des Statistischen Bundesamts: Den größten Teil ihres Konsumbudgets, nämlich fast 37 Prozent, gaben private Haushalte im Jahr 2021 für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus. Bei Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren und Ähnlichem sind es hingegen nur 15 Prozent« ([www.ndr.de/nachrichten/info/Lebenshaltungskosten-Hamburg-im-Norden-am-teuersten,preisindex102.html](http://www.ndr.de/nachrichten/info/Lebenshaltungskosten-Hamburg-im-Norden-am-teuersten,preisindex102.html)).



Soeben ist im Transcript-Verlag eine **Publikation** erschienen, die sich zukünftig wohl in so manchem Regal wohnungspolitisch interessierter Hamburger\*innen finden dürfte. Es handelt sich um den von Monika Grubbauer und Joscha Metzger herausgegebenen Sammelband **Wohnen in Hamburg. Akteure, Instrumente und Konfliktfelder**. Auf sage und schreibe 407 Seiten wird die Hamburger Wohnungspolitik unter verschiedensten Gesichtspunkten beleuchtet. An Autor\*innen ist quasi alles versammelt, was und wer sich in den vergangenen Jahren in Hamburg einen Namen aus Wissenschaft, Stadtentwicklung und Initiativen gemacht

hat. »In wohnungspolitischen Debatten dient Hamburg vielfach als bundesweites Vorbild. Dennoch ist auch hier die Lage durch kontinuierlich steigende Mieten und Preise für breite Teile der Bevölkerung prekär«, heißt es in der Verlagsankündigung. »Die Beiträge dieses Bandes behandeln die Situation der Wohnungsversorgung in der Hansestadt und geben einen kritischen Überblick über zentrale Akteure, Instrumente und Konfliktfelder. Aus interdisziplinärer Perspektive zeigen sie historische Entwicklungspfade sowie aktuelle Lösungsansätze auf und analysieren relevante Kontroversen. So entsteht ein informativer Überblick über die Forschung zur Hamburger Wohnungspolitik, der auch für Praktiker\*innen aus Stadtplanung und Politik neue Erkenntnisse bereithält.« Der Band kostet im Buchladen 39,- Euro, aber er ist großartigerweise auch **als kostenfreies PDF im Netz herunterzuladen**. Dank den Herausgeber\*innen und den Autor\*innen!

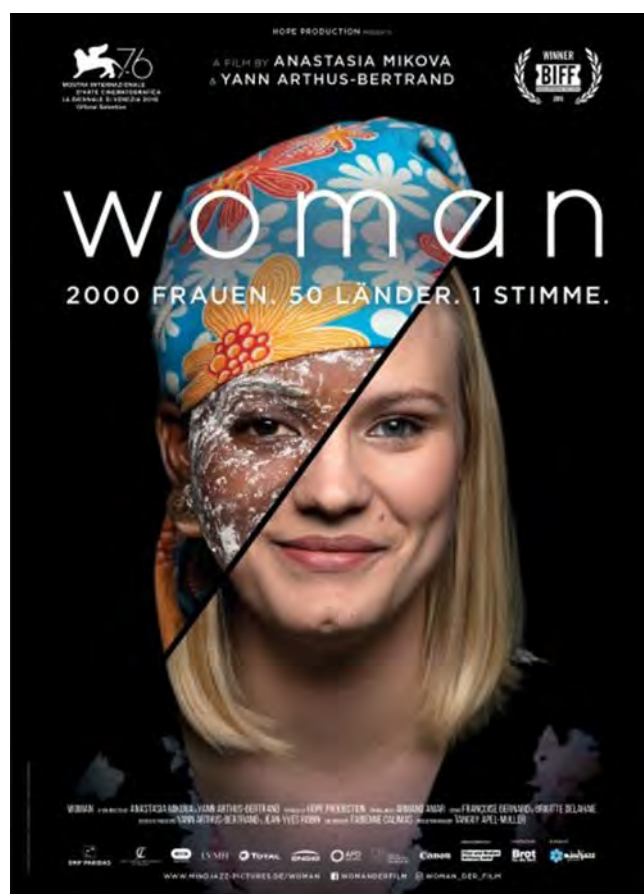


Im Netz tummeln sich allerlei **Newsletter-Dienste**. Zu den Interessanten gehört sicherlich die investigative **CORRECTIV-Gruppe**, die vor Jahren in Hamburg zu der brisanten und nie umfassend aufgeklärten Frage recherchierte, wem eigentlich unsere Stadt gehört. Die Neuigkeiten von CORRECTIV purzeln den Abonnent\*innen alle paar Tage auf den Bildschirm, es gibt Rubriken wie die »Recherchen der Woche« oder auch einen regelmäßigen Faktencheck – guckst du hier: <https://correctiv.org/>. Auch gibt es Links zu lesenswerten Artikeln, kürzlich beispielsweise aus dem »Tagesspiegel« zur Katastrophe mangelnder **Studierenden-Wohnheimkapazitäten** (<https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/studentenwohnheime-im-visier-der-investoren-das-geschaeft-mit-den-studierenden/>) und zu den **explodierenden Bodenpreisen** in Berlin (<https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/ausgebaut-berlins-explodierende-bodenpreise-machen-wohnungsbau-unbezahlbar/>).

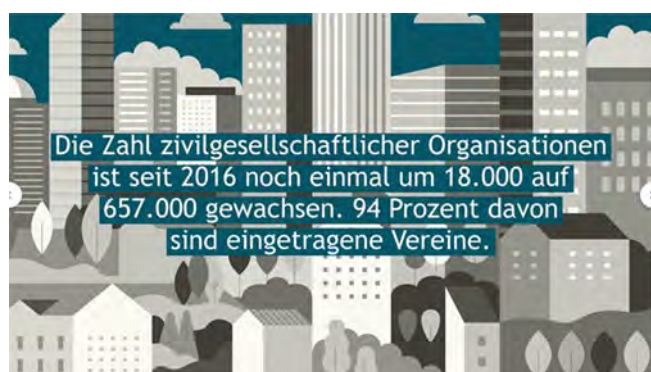


Alle vier bis fünf Jahre wird mit dem **Ziviz-Survey** eine **repräsentative Untersuchung der Rolle der organisierten Zivilgesellschaft** vorgelegt. Dazu zählen heute rund 657.000 Organisationen, darunter eingetragene Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und Genossenschaften. Nur etwa ein Viertel von ihnen hat bezahlte Kräfte. Zu den Hauptergebnissen des Ziviz-Surveys gehört die Erkenntnis, »dass zivilgesellschaftliche Organisationen die gesellschaftliche Vielfalt nicht abbilden: Weniger als die Hälfte hat junge Engagierte unter 30 Jahren in Leitungspositionen. Lediglich elf Prozent der Organisationen geben an, Engagierte mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen zu haben, nur 21 Prozent berichten von sozialer Diversität unter den Engagierten.« Interessant ist auch das Fazit, dass immer mehr »neugegründete Organisationen [...] immer häufiger Aufgaben (übernehmen), die vormalig im Verantwortungsbereich des Staates lagen«. Gefördert wird die Erhebung von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, dem Stifterverband sowie acht Bundesländern (ohne Hamburg). Die am 15. November veröffentlichte, 74-seitige Studie gibt's unter [www.stifterverband.org/pressemitteilungen/2023\\_11\\_15\\_ziviz-survey](http://www.stifterverband.org/pressemitteilungen/2023_11_15_ziviz-survey).

Zu den zitierten Ergebnissen von Ziviz Survey sei ergänzt, dass im Oktober der **Fachverband Bürgerbeteiligung (FVBB)** gegründet wurde. Er versteht sich als Berufsverband der professionellen Bürgerbeteiligten, der auf »berufsständische, auf Praxis ausgerichtete, wissenschaftsbasierte« Bürgerbeteiligung und Interessenvertretung ausgerichtet ist. Also weniger was für die Millionen Ehrenamtlichen in diesem Land. Wen's interessiert, guckt hier: <https://fvbb.info/>.



eine Anklage gegen all die Ungerechtigkeiten, die ihnen begegnen und vor allem ein Dokument ihrer Stärke und des Widerstandes. Mehr Infos zum 105-minütigen Film von Anastasia Mikova und Yann Arthus-Bertrand unter <https://mindjazz-pictures.de/filme/woman/>.



Zum **Feministischen Filmabend** lädt die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Cansu Özdemir, am **Freitag, den 24. November**, ein. Um 19.00 Uhr wird im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20) der Film »Woman. 2000 Frauen. 50 Länder. 1 Stimme« (Frankreich 2020) gezeigt. Der Streifen ist »ein intimes Porträt derjenigen, die die Hälfte der Menschheit ausmachen«, aber auch





Tags darauf, am **Samstag, den 25. November**, um 15.00 Uhr, ab Alma-Wartenberg-Platz, findet anlässlich des **Internationalen Tages Gegen Gewalt an Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender Personen (FLINTA)** eine **Demonstration** statt. »Lasst uns am 25. November 2023«, so der Aufruf, »gemeinsam auf die Straße gehen, um unsere Kämpfe sichtbar zu verbinden und für eine FLINTA\*-gerechtere Welt einzutreten, in der Antifeminismus, rechte Strukturen und Gewalt gegen Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender Personen keine Akzeptanz mehr finden.«



Und zu guter Letzt eine erfreuliche Botschaft: Nun hat Hamburg endlich auch seinen **Parnass-Platz**, in Erinnerung an das **jüdische Ehepaar Hertha und Simon Parnass, die Eltern von Peggy Parnass**. Das neue Schild steht an der Ecke Methfesselstraße/Langenfelder Damm/Lappenbergsallee, ganz in der Nähe der Methfesselstraße 13, wo die Familie Parnass ab Ende 1935 wohnte. Simon »Pudl« Parnass wurde von den Nazis am 28. Oktober 1938 mit weiteren 1.000 Hamburger Juden und Jüdinnen nach Polen deportiert. Das Paar lebte dann in Krakau, später im Warschauer Ghetto, bis sie ins Vernichtungslager Treblinka deportiert und ermordet wurden. Die Kinder – Peggy und ihr Bruder Gerd – wurden rechtzeitig auf einen Kindertransport nach Schweden verschickt und überlebten damit die Shoah.

Der neue Platz (rechts oben) und Peggy Parnass bei der Einweihung am 28. November (Fotos: Christiane Chodinski)





## Wer sich nicht wehrt ... STOPP Heimstaden!

Richtig viel los machen in den letzten Wochen die Berliner Initiative »STOP Heimstaden« und »Recht auf Stadt Hamburg« in Zusammenarbeit mit dem Mieterverein zu Hamburg und Mieter helfen Mietern. Im Brennpunkt: Heimstaden. Mit rund 4.600 Wohneinheiten gehört dieser schwedische Wohnungskonzern zu den größten Vermietern in der Stadt. Mitte November machten die beiden Hamburger Mieter\*innenorganisationen in einer gemeinsamen Pressemitteilung (PM) auf fehlerhafte Mieterhöhungen dieses feinen Unternehmens aufmerksam. Vermutet wird, dass mindestens jede zweite Mieterhöhung unbegründet oder fehlerhaft ist (<https://www.mhnhamburg.de/blog/news/pressemitteilung-fehlerhafte-mieterhoehung-bei-heimstaden>). Wiedergegeben werden in der PM auch einige Zitate von engagierten Mitstreiter\*innen, die wir hier mit einigen Erläuterungen gerne aufnehmen:

- »Heimstaden kann man offensichtlich keine Häuser, Wohnungen und Mieter:innen anvertrauen. Diese gravierenden und umfangreichen Fehler – immer konsequent zum Nachteil von uns Mieter:innen – basieren auf dem Profitstreben von Heimstaden. Wir fordern die Vergesellschaftung des gesamten Bestandes«, Sprecherin der Initiative StopHeimstaden Berlin.
- »Die Zusicherungen Heimstadens Ende 2021 waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie gestanden haben. Die aktuellen Mieterhöhungen sind in diversen Fällen rechtlich unzulässig und nicht geschuldet. Eine derartige Bauernfängerei hat mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung nichts zu tun. Der Mietensinn hat einen neuen (alten) Namen«, Paul-Hendrik Mann, Mieterverein zu Hamburg.

Neben den fehlerhaften Mieterhöhungen tritt ein weiteres Problem erneut zutage: Indexmieterhöhungen von Heimstaden belaufen sich in Berlin und Hamburg auf 13, 15 und 20 Prozent. Für die Mieter:innen sowie die Mietspiegel in den Städten sind solche Erhöhungen fatal.

- »Der Vorgang zeigt das absurde System der Indexmiete – der für die Mieterhöhung maßgebliche Verbraucherpreisindex steigt unvorhersehbar, weil einige Bestandteile des Verbraucherpreisindex (Warenkörbe), die rein

gar nichts mit dem Wohnen zu tun haben, ihrerseits Kostensteigerungen unterliegen, die wiederum den Verbraucherpreisindex steigen lassen und somit zur Verteuerung der Indexmiete führen«, Wibke Werner, Berliner Mieterverein.

Als wären die ohnehin schon extremen Mieterhöhungspotenziale aufgrund der Entwicklung des Verbraucherpreisindex über einen Zeitraum von zwölf Monaten nicht problematisch genug, zeigt das Beispiel Heimstaden, dass diese Mieterhöhungspotenziale sogar noch weiter ausgereizt werden können, wenn seit der letzten Mieterhöhung oder dem Abschluss des Mietvertrags womöglich über mehrere Jahre keine Mieterhöhung vorgenommen worden ist – in dem Fall können mit einem Schlag Mieterhöhungen entsprechend der jahrelangen Erhöhung des Verbraucherpreisindex realisiert werden, wodurch exorbitante Mieterhöhungen möglich sind.

- »Spätestens mit der aktuellen Mieterhöhungswelle wird deutlich, dass HEIMSTADEN keinen Deut besser ist als die berüchtigte Voreigentümergeellschaft Akelius AG. Deren unverschämte Hochpreispolitik wird insbesondere durch Indexmieterhöhungen fortgesetzt und bewirkt immer mehr Nettokaltmieten über 20 €/qm. Dieses Vorgehen gehört verboten«, Marc Meyer, Mieter helfen Mietern Hamburg.

Mehr Infos zu Heimstaden gibt es u.a. hier: [www.stopheimstaden.org/unsere-forderungen/](http://www.stopheimstaden.org/unsere-forderungen/) und hier: [www.stopheimstaden.org/faq-frequently-asked-questions/](http://www.stopheimstaden.org/faq-frequently-asked-questions/). Und wer Kontakt zu Hamburger Initiative möchte, schreibt an [hallo@hamburg-enteignet.de](mailto:hallo@hamburg-enteignet.de).

P.S.: Bezeichnend ist, dass der Hamburger Senat derzeit alles unternimmt, um die Volksinitiative »Hamburg enteignet« zu behindern. Kein Wunder, es ginge damit ja auch ans Eingemachte des Kapitals. Wie formulierte es Senatorin Karen Pein in einem »ZEIT«-Interview online am 18. März so schön und klar: »Wir werden niemanden enteignen, der einen guten Job macht« ([www.zeit.de/hamburg/2023-05/hamburg-enteignung-wohnungsnot-baukosten-karen-pein/komplettansicht](http://www.zeit.de/hamburg/2023-05/hamburg-enteignung-wohnungsnot-baukosten-karen-pein/komplettansicht)). So einen guten Job eben, wie der Wohnungskonzern Heimstaden ...



# //STOP HEIMSTADEN



## Mieterhöhungen durch Heimstaden - Nein Danke!

### Vorsicht: Viele Mieterhöhungsverlangen weisen Fehler auf, z.B.

- \* Kappungsgrenze von max. 15% innerhalb von 3 Jahren wird überschritten
- \* Erhöhung der Miete über die ortsübliche Vergleichsmiete aufgrund falscher Einordnung in den Mietenspiegel
- \* Bruttokaltmiete wird versucht in Nettokaltmiete umzuwandeln

### Was tun?

- \* Keine Unterschrift ohne vorherige Mietrechtsberatung!
- \* In einen Mieterverein eintreten, der eine Rechtsschutzversicherung anbietet!
- \* Keine Links anklicken und QR-Codes scannen, vor rechtlicher Prüfung!
- \* Prüfen, ob die Mietpreisbremse angewendet werden kann, auch bei Indexmieten und Staffelmieten. Informationen dazu hier:

[www.stopheimstaden.org/faq-frequently-asked-questions/](http://www.stopheimstaden.org/faq-frequently-asked-questions/)

### Jede Mieterhöhung führt zu dauerhaften Erhöhungen des Mietspiegels für alle.

Du brauchst eine mietrechtliche Beratung oder willst in deiner Stadt aktiv werden und dich mit anderen Mieter:innen und Mietervereinen gegen Heimstaden wehren?

Hier findest du Informationen: [www.stopheimstaden.org/bundesweit/](http://www.stopheimstaden.org/bundesweit/)

### Kontakt

E-Mail [kontakt@stopheimstaden.org](mailto:kontakt@stopheimstaden.org)  
Webseite [www.StopHeimstaden.org](http://www.StopHeimstaden.org)  
Facebook [@stopheimstaden](https://www.facebook.com/stopheimstaden)  
Twitter [@SHeimstaden](https://twitter.com/SHeimstaden)  
Instagram [@stopheimstaden](https://www.instagram.com/stopheimstaden)

V.i.S.d.P.: L. Meyer, c/o Stadteilladen Lunte, Weisestr. 53, 12049 Berlin



WIR SIND VIELE UND HALTEN ZUSAMMEN



# Wir lieben unser Zeughaus!

Mit Lichtern Zeichen setzen für eine sensible Sanierung statt Abriss

Von Birgit Kiupel

Seit über zwei Jahren kämpfen wir gegen den Abriss des markanten Gründerzeithauses in der Neustadt - Zeughausstraße 42-44. Vor zwei Jahren, im August 2021, hatten rund 25 Mietparteien aus den Medien vom Abrissantrag der HVA (»Haus-Verwaltung Alsterufer«) erfahren, durch eine Schriftliche Kleinen Anfrage an den Senat von Heike Sudmann von den LINKEN. Seither erleben wir Mieter\*innen eine Hängepartie - mit viel Medienecho etwa durch MOPO, Hamburger Abendblatt und NDR. Bei uns zu Gast waren z.B. bereits die Bürgerschaftsabgeordneten Farid Müller/Grüne und Arne Platzbecker/SPD, Initiator von Mensch Hamburg HH e.V./UKR, SPD, der hier in leerstehenden Wohnungen Flüchtlinge aus der Ukraine unterbringen konnte. Auch Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer war da und sicherte ausdrücklich seine Unterstützung zu.

Aber umstritten ist die Frage der Kosten. Was scheint für die HVA »günstiger« : Sanieren oder Abreißen? Die HVA hatte im April 2022 bei einem »Mieter«-Dialog im eigens gemieteten Sonninsaal des Michel für den Abriss plädiert. Uns wurden Wohnungen z.B. in Lokstedt oder Schwerin angeboten - wenn man sich »verändern wolle«. Dann, am 6.11. diesen Jahres, lud die HVA wieder zu einem »Mieter-Dialog« im Sonnin-Saal, allerdings viel zu kurzfristig, so dass viele Mieter\*innen nicht teilnehmen konnten. Leider gibt es kein offizielles Diskussionsprotokoll - nur die Kopien mit den Positionen der HVA.

Das haben die Nachbar\*innen »mitgenommen«: Im ersten Quartal 2024 will die HVA wieder einen Abriss- und Neubauantrag stellen - für 2025. Zuvor will uns die HVA in Einzelgesprächen über Wünsche etc. befragen. Wer allerdings eine/n RAin mitbringen möchte, müsse damit rechnen, dass die HVA auch in Begleitung kommt. Nach wie vor plant die HVA mit dem alten Entwurf - ohne Fassadenangleichung an den Gründerzeitstil - zu dem ja der SAGA-Neubau der Nr. 46 verpflichtet worden war.

Es ist noch ganz viel zu klären - und zentral ist die Frage: Warum ist ein Abriss, auch mit Unterstützung der ifb, kostengünstiger als eine Sanierung - gerade im Hinblick auf Kriterien wie »Graue Energie«? Die Mietparteien mit unbefristeten Verträgen sollen in den Neubau zurückziehen dürfen - 2027, zu niedrigen Mieten. Aber wo finden Mieter\*innen während der Sanierung bzw. des Neubaus Ausweichwohnungen? Etliche leben seit Jahrzehnten hier im Viertel. Auch hier bleiben etliche Fragezeichen.

Der Bezirk, die Stadt habe die HVA schon sehr unter Druck gesetzt, das wurde von einem HVA-Vertreter immer wieder betont. Außerdem seien für den Neubau wieder sechs Stockwerke möglich, obwohl der Bebauungsplan vier vorschreibe. Die neuen Vereinbarungen mit den Mieter\*innen sollen dann unter Aufsicht der ÖRA besiegelt werden.

In der Neustadt ist einiges los -: So werden gerade auch Gebäude in der Rothesoodstraße entmietet.



Wir wünschen uns eine Infoveranstaltung für alle, die Wissenslücken rund um Graue Energie und Klimaschutz füllt, neue Erkenntnisse und Forderungen transparent formuliert, mit Vertreter\*innen von Behörden, Architektur, Politik, Stadtgesellschaft. Wie kann Hamburg die Zukunft seiner Altbauten und seiner Bewohner\*innen klimafreundlich und bezahlbar sichern? Sinnvoll wäre zudem eine Schalt- und Vermittlungsstelle, die Mieter\*innen kompetent berät und zwischen den Akteur\*innen vermittelt. Bislang wurden wir sehr unterstützt von der mhm (mieter helfen mietern) und phasenweise vom Mieterverein - auch diese sehr geforderten Organisationen könnten solche gut zugänglichen Expertisen gut gebrauchen.

Der Denkmalverein und die Patriotische Gesellschaft haben sich für den Erhalt des markanten Eckgebäudes ausgesprochen, das so viele Geschichten birgt. So erinnert am Eingang der Nr. 44 eine Gedenktafel der Patriotischen Gesellschaft an den Maler Hans Wrage (1921-2012). Der Künstler wurde in diesem Haus geboren und stand auch in Beziehung zum Maler Arthur Illies, einem Vorfahren der Hausbesitzer-Familie Illies. Und vor der Nr. 42 ehrt ein Stolperstein Erich Heins (1907-1944), Werftarbeiter und KPD-Mitglied, der hier wohnte und im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis mit dem Fallbeil hingerichtet wurde. Sein Schicksal hat Willi Bredel in dem Band »Unter Türmen und Masten« von 1960 beschrieben. In diesem Architektursommer hielt Holger Schultze von der Willi-Bredel-Gesellschaft über ihn einen Vortrag vor unserem Haus. Ob es wirklich so marode ist, wie von der HVA behauptet? Die HVA hat jedenfalls seit dem Er-



Das Eckgebäude Zeughausstraße 42-44 (Fotos: Birgit Kiupel)

werb des Hauses vor über zehn Jahren kaum in seinen Erhalt investiert.

Das markante Gründerzeithaus in der Neustadt erstrahlt zweimonatlich in unterschiedlichen Farben: rot zum Nikolaustag, rosarot zum Valentinstag, zum Frühlingsbeginn nach Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine in Gelb-Blau. Auch zu Corona-Zeiten wurde sich vor dem Haus getroffen – mit Mieter\*innen, Nachbar\*innen aus der Neustadt und Unterstützer\*innen. Während der Lichterschaun am Zeughaus wurde und wird auch die Frage diskutiert: Wie wäre es mit einem Modellprojekt zur sensiblen Sanierung eines historisch wertvollen Gebäudes in einem stark frequentierten Stadtteil, und dies zu Mietpreisen, die auch alteingesessene Mieter\*innen bezahlen können? Wie kann hier eine handlungsfähige Bürger\*innenbeteiligung aussehen? Wir hoffen, dass da Vielen bunte und wegweisende Lichter aufgehen!



Die Nr. 46, die zum Gebäudekomplex gehörte, ist übrigens im Besitz der SAGA, die das Haus nach Jahren des Leerstands abrisst, der Neubau ist bald bezugsfertig. Für uns gab es allerdings bislang keinerlei (Gesprächs)Angebote für Ausweichwohnungen dort – in direkter Nachbarschaft »unseres« vom Abriss bedrohten Zeughauses Nr. 42-44.

Infos und Vorschläge sind gerne willkommen unter Zeughausbleibt@gmx.de.

## Die Wohnkosten steigen und steigen

**Caren Lay zeigt: Es geht auch anders**

**Von Hermann Kaienburg**

Wer als Mieter\*in in Hamburg nach einer neuen Wohnung sucht und auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen ist, muss tief in die Tasche greifen. Unter 13 Euro/qm netto-kalt ist in den meisten Stadtteilen nichts mehr zu finden. Leider haben wir uns zu sehr an die verbreitete Behauptung gewöhnt, an den Gesetzen des Marktes komme niemand vorbei. Das war aber nicht immer so. Nach dem Zweiten Weltkrieg verließ sich kaum jemand gern auf den Markt. Die Bau- und Wohnungspolitik war streng reguliert.

Caren Lay hat sich die Mühe gemacht, nachzuforschen. Die langjährige Expertin für Wohnen und Stadtentwicklung in der Fraktion der LINKEN im Bundestag stellte kürzlich ihr neues Buch in Eimsbüttel vor. Lays zentrale These lautet: Die Spekulation mit Wohnraum verursacht die Mietenkrise. Investoren wollen Gewinne machen. Ist das nicht etwas zu simpel?

### **Wie ist es dazu gekommen?**

Das ist der Inhalt des ersten Kapitels. Er lässt sich in dem Satz zusammenfassen: Das Wohnen wurde zunehmend dem Markt überlassen. Nach dem Krieg lief es zunächst besser. Die damalige Mietpreisentwicklung fußte auf: 1. öffentlicher Mietpreisregulierung, 2. der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, 3. einem großen Anteil öffentlicher Wohnungen, 4. hohen Subventionen in den Sozialen Wohnungsbau. Wieso wurde dies Erfolgsrezept preisgegeben?

### **Wie die Mietpreisbindung abgeschafft wurde**

Nach dem Zweiten Weltkrieg galten Bestimmungen, die de facto Mietenstopp bedeuteten, und zwar auf dem Niveau von 1936. 1949 erfolgte die Aufhebung der Mietpreisbindung für Neubauten. Nach und nach wurden allerlei Zuschläge für



# CAREN LAY WOHNOPOLY



Caren Lay: Wohnopoly. Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können, Frankfurt/Main 2022.

Altbauten erlaubt. Das galt in der Bundesrepublik Deutschland für Altbauten bis Mitte der 1960er Jahre, in Hamburg und München sogar bis Mitte der 1970er Jahre, in West-Berlin bis Ende der 1980er Jahre. In der DDR gab es eine Mietpreisregulierung auch für Neubauten.

1963/64 entstand der »Lücke-Plan«, der in mehreren Stufen durchgesetzt wurde. Bis Ende 1963 sollte die Mietpreisbindung in 397 Kreisen aufgehoben werden (»Weiße Kreise«), wo angeblich keine Wohnungsnot herrschte. Dort waren sofort 25% Erhöhung möglich, zum Teil sogar 35%. In den übrigen 168 »Schwarzen Kreisen« fiel die Mietpreisbindung einige Jahre später. Die Folgen waren erheblich: steigende Mieten und viele Kündigungen.

## Das Ende der Wohnungsgemeinnützigkeit

Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 gilt vielen Experten als der eigentliche Sündenfall der deutschen Wohnungspolitik. Die Grundidee der Gemeinnützigkeit war: Ein Teil des Wohnungsmarktes soll gemeinnützig bewirtschaftet werden; dies wird vom Staat belohnt.

Ab 1945 wurden so ca. vier Millionen Wohnungen gebaut. In Großstädten gehörten damals den Gemeinnützigen ca. 30% aller Wohnungen mit ca. acht Millionen Mieter\*innen. Das Herzstück der Bestimmungen war die Kostenmiete, das heißt, verlangt werden durfte nur, was zur Abzahlung und zum Unterhalt der Wohnung erforderlich war, also nicht die Marktmiete. Die Rendite war auf vier Prozent gedeckelt. Dafür gab es Steuererleichterungen.

Ab Ende der 1960er Jahre gab es Bemühungen zur Abschaffung der Gemeinnützigkeit. Der von vielen Seiten getragene Widerstand dagegen blieb erfolglos. Vor allem der Betrugs-skandal der »Neuen Heimat« gab der Abschaffung Auftrieb. Als den eigentlichen Grund nennt Lay: Die Vorschrift der Kostenmiete verdarb der privaten Wohnungswirtschaft die Preise. Bereits bei der Beschlussfassung 1990 war klar, auch für den Staat würde das teuer, wegen steigender Ausgaben bei Wohngeld und Sozialhilfe.

## Schwindender Anteil öffentlicher Wohnungen

Die Unternehmenssteuerreform von 2000 und die folgende Liberalisierung der Finanzmärkte trugen erheblich dazu bei, die Spekulation mit Immobilien zu fördern. Dies machte die Privatisierung von ehemals gemeinnützigen Wohnungen erst richtig attraktiv: Sie lockten die internationale Finanzspekulation an. Private Equity Fonds spielten bei den großen Wohnungsprivatisierungen eine entscheidende Rolle.<sup>1</sup> Diese mussten dank der Reform bei Transaktionen keine Steuern mehr zahlen. Sie kauften in großem Maßstab Wohnungen und stießen sie oft nach kurzer Zeit mit Gewinn wieder ab. 2010 besaßen sie schon 850.000 Wohnungen in Deutschland.

In Ostdeutschland war die Lage zunächst anders. Der Einigungsvertrag übertrug 1990 die staatlichen Wohnungen der DDR den Kommunen. Zugleich wurden ihnen aber die staatlichen Investitionen als Schulden in die Bücher geschrieben. Hilfen wurden nur gezahlt, wenn sie 15% der Wohnungsbestände bis Ende 2003 verkauft hatten. »Das war Privatisierung per Gesetz« (S. 42).

## Der aufhaltsame Niedergang des Sozialen Wohnungsbaus

Die Bauleistung des Sozialen Wohnungsbaus betrug in den 1950er-Jahren jährlich ca. 350.000 Wohnungen, in einem Jahr wurden sogar 450.000 errichtet. In den 1980er-Jahren gab es ungefähr vier Millionen Sozialwohnungen in Deutschland. Heute sind es vermutlich unter einer Million. Expert\*innen schätzen, dass fünf Millionen Wohnungen für Bedürftige fehlen.

Seit den 1960er-Jahren ging es bergab. Ursache war die Orientierung der Politik auf Eigenheime. 2001 gab es eine

<sup>1</sup> Private Equity Fonds sind Vermögensverwaltungsgesellschaften im mittleren Bereich, kleiner als z. B. Blackrock, aber sie verfolgen häufig höhere Gewinnziele. Dazu gehören z. B. Blackstone und Carlyle. Sie haben ihren Sitz oft in Steueroasen. Sie kaufen eher Anteile mittelgroßer Firmen, nicht von Aktiengesellschaften, denn Letztere unterliegen stärkeren gesetzlichen Regelungen, z. B. betreffend die Veröffentlichung von Bilanzen. Vgl. Werner Rügemer: Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln 2018, S. 62ff.

wichtige Änderung. Bisher war ein relativ hoher Anteil der städtischen Bevölkerung sozialwohnungsberechtigt. Dies wurde nun stark reduziert auf Geringverdiener, kinderreiche Familien und diskriminierte Bevölkerungsgruppen. Die Fördersumme wurde stark verringert: 1998 waren es noch 13 Milliarden DM, 2001 nur noch 230 Millionen Euro. Die Zahl der Sozialwohnungen sank daher dramatisch.

Ein großes Problem sind die Mietbindungsfristen: Sie lagen bisher meist bei 15 Jahren. Dies ist ein wichtiger Grund für die Abnahme der Sozialwohnungen. Diese Befristung ist eine Fehlkonstruktion, die es in keinem anderen europäischen Land gibt.

### Praktiken der Wohnungskonzerne

Die Methode vieler Konzerne besteht darin, alte Wohnungsbestände zu kaufen, teuer zu sanieren und die Mieten stark zu erhöhen. Die »Modernisierungsumlage« ermöglicht es, die Modernisierung nicht nur von Mieter\*innen bezahlen zu lassen, sondern die Miete dauerhaft zu steigern.

Die Private Equity-Gesellschaften (Lay nennt sie »Geierfonds«), die in den 2000er-Jahren groß in das Geschäft mit Wohnungen einstiegen, wollten vor allem das schnelle Geschäft und zogen sich nach kurzer Zeit zurück. In der Folge entstanden große Wohnungskonzerne. Der größte Player ist Vonovia. 2021, vor Übernahme der Deutschen Wohnen, verfügte die Gesellschaft über 565.000 Wohnungen in Deutschland, Österreich und Schweden. Ende 2020 besaßen die sieben größten börsennotierten Wohnungskonzerne etwa eine Million Wohnungen in Deutschland.

Lay sieht in den Konzernen die Haupttreiber der Mietpreise. Ihre Mietensteigerungen seien deutlich höher ausgefallen als die der Gesamtmietpreisentwicklung. Besonders zeige sich dies bei Vonovia und der Deutschen Wohnen in Berlin: 2013 bis 2017 gab es dort Mietpreissteigerungen von durchschnittlich 18,3%. (Zum Vergleich: In Hamburg betrug sie in dieser Zeit 11,6% – auch nicht gerade wenig.)

Im Ausland wurden Investoren auf die günstigen Geschäftsaussichten in Deutschland aufmerksam. Da der Anstieg der Immobilienpreise in Nachbarländern früher erfolgte, galten die relativ niedrigen Mieten in Deutschland als attraktive Bedingungen.

### Bodenspekulation

46% der Deutschen leben in selbstgenutzten Eigenheimen oder Eigentumswohnungen (in Berlin 17%, in Bremen 28%, in Hamburg etwa ein Viertel). In den vergangenen Jahren sind die Preise in den großen deutschen Städten steil nach oben geschossen. Sie stiegen stärker als in den meisten anderen Ländern der Welt, z.B. in Berlin, Hamburg, München um 90% – das ist im internationalen Vergleich fast einzigartig. Dies ist größtenteils auf gestiegene Bodenwerte zurückzuführen.

In Deutschland gab es seit Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Bodenreformbewegung. Wegen der Liberalisierung des Wohnungsmarktes entbrannte in den späten 1960er-Jahren eine neue Debatte über Bodenspekulation. Die SPD setzte 1970 eine Kommission ein. Führend beteiligt war Hans-Jo-

chen Vogel, damals Münchner Oberbürgermeister. Sie erarbeitete radikale Vorschläge, aber keiner der Vorschläge fand den Weg in ein Gesetz.

### Die Überforderung von Politiker\*innen im Bundestag

Die Abgeordneten des Bundestages sind kein repräsentativer Durchschnitt der Bevölkerung. Viele in der politischen Klasse haben nie die Erfahrung gemacht, dass eine Mieterhöhung eine existenzielle Bedrohung sein kann. Lay kritisiert außerdem die oft ungenügenden Sachkenntnisse vieler Politiker\*innen im Bundestag. »Als Faustregel gilt: je komplizierter die Materie, desto ahnungsloser die Entscheider« (S. 88). Die Journalistin Utta Seidenspinner bezeichnete die rot-grüne Steuerreform des Jahres 2000 als einen »Schildbürgerstreich« und mutmaßt: »Die Zauberlehrlinge aus der SPD hatten ihren eigenen Steuerpakt nicht verstanden.«<sup>2</sup> Erst recht unklar dürfte den Abgeordneten gewesen sein, welche Auswirkungen die Zulassung von Hedgefonds und des Handels mit Derivaten im Immobilienbereich haben würde. »So müssen die meisten Abgeordneten Themen bearbeiten, auf denen sie nicht ausgebildet sind. Wir sind Amateure« (S. 89).<sup>3</sup> »Wenigstens von denen, die die Hauptverantwortung auf einem Themengebiet haben, kann man verlangen, dass sie wissen, was sie tun« (S. 89).

Seit 2022 müssen Lobbyisten sich beim Deutschen Bundestag in ein Lobbyregister eintragen. Auch wenn dies zu Recht als immer noch ungenügend kritisiert wird, gehen einige interessante Zahlen daraus hervor: Die Immobilienwirtschaft verfügt über ein jährliches Budget von etwa 8,2 bis 8,6 Millionen Euro mit 144 hauptamtlichen Lobbyist\*innen. Dem stehen elf Hauptamtliche mit einem Budget von maximal 210.000 Euro aufseiten der Mieter\*innen und Wohnungslosen gegenüber.

### Eigene Fehler

Lay übt auch Selbstkritik, nicht nur an den Entscheidungen der rot-grünen Koalition unter Schröder, sondern auch am Wohnungsverkauf in Berlin 2004 mit Zustimmung der PDS. Die Privatisierungswelle in den 1990er- und 2000er-Jahren kommt heute viele Kommunen teuer zu stehen.

### Ursachen der Preissteigerungen

Trifft Lays These zu, dass vor allem die Spekulation mit Wohnraum die Mieten nach oben treibt? Betrachtet man die Entwicklung genauer, dann lassen sich für die starken Erhöhungen auch eine ganze Reihe anderer Ursachen nennen:

- Die starke Nachfrage führt zu einem Mangel an Wohnraum. In Hamburg ist großenteils die hohe Zuwanderung aus weiter entfernten Gebieten dafür verantwortlich. Dagegen kommt auch das viele Bauen nicht an.<sup>4</sup> Andere

<sup>2</sup> Utta Seidenspinner: Wohnwahnsinn. Warum Mieten immer teurer und Eigentum unbezahlbar wird, Berlin 2018, S. 114, zit. nach Lay, Wohnopoly, S. 88.

<sup>3</sup> Hier sind nicht die normalen Abgeordneten gemeint, sondern die fachlich zuständigen Politiker\*innen, nach denen die anderen sich richten.

<sup>4</sup> Den 76.800 Wohnungen, die in Hamburg von 2011 bis 2020 gebaut wurden, stand im selben Zeitraum ein Bevölkerungszuwachs von ca.



Gründe für den Wohnraummangel sind u.a. die Zunahme von Single-Haushalten und die falsche Verteilung (z.B. wohnen ältere Menschen oft in großen Wohnungen, weil der Umzug in kleinere zu teuer ist).

- Seit einiger Zeit tragen steigende Baukosten zu höheren Mieten bei Neubauten bei. Auch hier liegen verschiedene Gründe vor – u.a. steigende Rohstoffpreise und Fachkräftemangel.
- Modernisierungen, oft begründet durch gesetzliche Vorschriften zur Senkung der Heizkosten (z. B. bessere Isolierung), können zurzeit mit 8% jährlich zur Erhöhung der Mieten ausgenutzt werden.
- Im geförderten Wohnungsbau trägt das Auslaufen der Mietbindung nach meist 15 bis 20 Jahren erheblich zu Preissteigerungen bei. Trotz umfangreichen Sozialen Wohnungsbaus sinkt die Zahl der preisgebundenen Wohnungen in Deutschland durch die Beendigung der Mietbindungen immer weiter ab.
- Die Mietenspiegel sind durch ihre falsche Konstruktion mitverantwortlich für die Preissteigerungen im Wohnungsmarkt. Sie erfassen nicht die Bestandsmieten, sondern nur Mietentgelte, die in den letzten Jahren neu vereinbart oder verändert wurden. Infolgedessen weisen sie meist gestiegene Preisspannen aus, die ihrerseits oft die Erhöhung von Mieten legitimieren.
- Dass die Grundstücksspekulation eine treibende Kraft darstellt, ist unübersehbar. Das bekannteste Hamburger Beispiel ist das Holsten-Areal. Die Brauerei Carlsberg verkaufte das Gelände vor einigen Jahren für 153 Millionen an die Gerch Group. Danach wurde es mehrmals weiterverkauft. Heute soll es mit 340 Millionen Euro in der Bilanz der Adler Group stehen.

Ursachen der Mietpreissteigerungen sind also nicht nur die Renditeinteressen der großen Wohnungskonzerne. Nicht einzelne Unternehmen sind Ursache der Entwicklung, sondern die Tatsache, dass die Preise dem freien Markt überlassen werden. Es kommt darauf an, den Wohnungsmarkt zu regulieren und ihm einen möglichst hohen Anteil des vermieteten Wohnraums zu entziehen.

### Alternativen

Welche Alternativen gibt es zur gegenwärtigen Wohnungspolitik? Die Devise »Bauen, bauen, bauen!« hat sich als wenig erfolgreich erwiesen. Selbst die von der Bundesregierung erstrebte Errichtung von 400.000 Wohnungen (davon 100.000 Sozialwohnungen) pro Jahr in Deutschland wird nicht ausreichen, die Lage auf dem Wohnungsmarkt so zu entspannen, dass auch die Mietpreise sinken. Der Zuzug in die Großstädte wird anhalten und vermutlich aufgrund der hohen Migrantenzahlen sogar noch zunehmen. Um den Zuzug besser zu steuern, wäre eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik erfor-

derlich, etwa durch massive Gewerbeansiedlung abseits der Metropolen. Diese ist nicht in Sicht und würde auf massiven Widerstand der Wirtschaftsverbände und der wirtschaftsliberalen Eliten stoßen. Daher ist der Wohnungsbau unverzichtbar, auch wenn er nicht zur Dämpfung der Mietpreise ausreichen wird.

Beim Wohnungsbau ist ein erheblich größerer Anteil geförderter Projekte erforderlich. Das große gegenwärtige Bauvolumen von frei finanziertem Wohnraum und von Eigentumswohnungen ist unsinnig – die darauf gegründeten Mieten sind viel zu hoch. »Einmal gefördert, für immer günstig« – dies muss der Grundsatz im geförderten Wohnungsbau werden. Die Befristung der Mietbindung muss aufgehoben werden. Im Ausland ist sie nicht üblich.

Diese Maßnahmen allein werden nicht reichen, um die großstädtischen Mieten für alle bezahlbar zu machen. Auch bei bestehenden Wohnungen müssen die Mieten effektiv gebremst und gedeckelt werden wie früher. Weitere flankierende Maßnahmen könnten sein:

- eine vorausschauende Bodenpolitik der Kommunen, die Grundstücksspekulation verhindert und den Boden möglichst in kommunaler Hand belässt,
  - die Begrenzung von Modernisierungen auf sinnvolle Maßnahmen unter Verhinderung überflüssiger Luxus-Sanierungen,
  - das Verbot, Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln.
- Eine Enteignung großer Wohnungskonzerne könnte vor allem in Berlin dazu beitragen, eine grundlegende Kehrtwende in der Wohnungspolitik einzuleiten und deutlich zu machen, dass Wohnen nicht zu Spekulationszwecken missbraucht werden darf.

### Resümee

All dies mag nicht besonders realistisch klingen. Aber wenn es gelingt, für das Menschenrecht auf Wohnen eine ähnlich starke Bewegung in Gang zu setzen wie für die Umwelt, dann bestehen Chancen, dass die Politik in die richtige Richtung marschiert. Gelingt dies nicht, dann werden unsere Städte immer weiter in Viertel für Arme und für Reiche auseinanderfallen.

Es ist gut, zu wissen, dass Mietendeckel kein Hirngespinnst wildgewordener Berliner Linken sind, sondern nach dem Krieg jahrzehntelang die deutsche Wohnungspolitik bestimmt haben. Auch der hohe Anteil öffentlicher Wohnungen, die starke Förderung des Sozialen Wohnungsbaus und die Gemeinnützigkeit trugen lange dazu bei, einen großen Teil der Wohnungen in Deutschland dem freien Markt zu entziehen und die Preise niedrig zu halten. Der Rückweg dahin wird politisch nicht einfach durchzusetzen sein, aber das Ziel ist klar – dies ist der Weg zu bezahlbarem Wohnraum in der Zukunft!

*Dieser Text wurde aus Platzgründen stark gekürzt. Die vollständige Buchbesprechung findet sich auf der Homepage der Linksfraktion: [www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2023/11/Rezension-Lay-Wohnopoly.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2023/11/Rezension-Lay-Wohnopoly.pdf).*

---

134.300 Menschen gegenüber, vor allem durch Zuwanderung aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsbelegung von 1,8 Personen reichten die Neubauten also gerade für das Bevölkerungswachstum aus. Und die Zuwanderung ist seither weiter gestiegen!

# Kulturtipp Weit mehr als eine Riesenbücherei

Von Michael Joho

Allmonatlich halte ich Ausschau nach interessanten Veranstaltungen, Orten und Publikationen, die es lohnen, einer kritischen, gar linken Leser\*innenschaft des BB nahe gebracht zu werden. Hamburg ist natürlich reich an Angeboten, und so lasse ich mich bei der jeweiligen Auswahl zu einem Gutteil davon inspirieren, was mir selbst gefällt, gute Erkenntnisse und Schwingungen vermittelt, ungewohnte Perspektiven eröffnet, zum fortschrittlichen Basiswissen beitragen kann oder auch, was einfach günstig und damit für alle erschwinglich ist.



Eindrücke aus der Zentralbibliothek (Fotos: Michael Joho)

Nur selten fallen alle diese Aspekte so dicht zusammen wie bei der Zentralbibliothek am Hühnerposten 1. Als Erwachsener über 27 Jahre zahle ich für meine »Premiumkarte«, die mich zur Ausleihe sämtlicher Medien inklusive DVDs/Videos berechtigt, alljährlich 45 Euro. Ebenso wichtig aber ist der Hinweis, dass fast alle nachfolgend genannten Angebote tag- und tagaus kostenfrei genutzt werden können, bis auf die Ausleihe und den Kaffee eben. Und was die täglich 4.000 Besucher\*innen – sie werden neuerdings Gäste genannt – dann hinter dem Eingangsbereich erwartet, ohne Einlasskontrolle, das ist schlicht überwältigend: freundliche, helle und weitläufige Räume, kompetentes Personal, einfach zu bedienende Such- und Entleihgeräte und natürlich rund 500.000 Medien auf vier Etagen. Aber längst nicht genug damit, die Zentralbibliothek bietet auch einen Computer-Raum und 60 PC-Plätze, freies WLAN, etliche Sitzgelegenheiten zum Schmökern und



Arbeitsplätze zum Lesen, Dialoggruppen, eine Musik- und Kinderbibliothek, einen Veranstaltungs- und Ausstellungsraum, medienpädagogische Angebote für Kitas und Schulen. Und der Clou ist das große Café mit 150 Sitzplätzen und einem wunderbaren Kuchenangebot und vor allem auch der Auslage einer Reihe von Tageszeitungen. Und im Keller findet sich ein riesiger Bücherflohmarkt, bei dem alles, aber auch wirklich alles – egal ob üppiger Bildband oder Taschenbuchkrimi – zum Preis von 1 (einem) Euro verkauft wird – wobei eine zusätzliche Spende nicht abgelehnt würde. Denn der Erlös fließt ohne Abzüge in die »Medienboten«, das meint den ehrenamtlichen Medienlieferanten für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen sowie weitere Angebote für Menschen 60+.

Es ist wirklich eine Freude, durch die Räume zu gehen, mal hier am Regal stehen zu bleiben, mal da ein Buch herauszuzupfen, dann wieder einen Kaffee trinken zu gehen und in eine Zeitung hineinzublättern oder eine Musik-CD anzuhören.

Allzu lange ist's bis zum Renteneintritt ja nicht mehr hin, und so haben meine Frau und ich uns vorgenommen, dass wir dann, spätestens dann, regelmäßig – vielleicht samstags? – in die Zentralbibliothek einkehren, uns gemütlich zum Lesen platzieren, plaudern und eine Tasse Kaffee trinken und nicht zuletzt mit jeder nicht gekauften, aber ausliegenden Zeitung Geld zu sparen. »Wir verbinden Menschen«, lese ich da zustimmend auf der Homepage der Bücherhallen, »wir verbinden Menschen, die Zentralbibliothek ist informell, inspirierend und persönlich. Ein »dritter Ort« neben dem Zuhause und dem Arbeitsplatz. Ein urbaner Makerspace mit Erlebnissen und vielen neuen digitalen Techniken« (<https://www.buecherhallen.de/zentralbibliothek-profil.html>). Wunderbare Angebote, wunderbare Zeiten also. Und das montags bis freitags zwischen 9.00 und 19.00 Uhr, samstags immerhin noch bis 18.00 Uhr, und nun auch sonntags von 13.00 bis 18.00 Uhr.

P.S.: Das Sahnehäubchen bei meinem letzten Besuch war die Auslage der Broschüre »Der Radikalenbeschluss von 1972 in Hamburg«. Ich konnte sie kostenfrei mitnehmen. Ein Dutzend weiterer Exemplare hatte es da noch ... ♦

---

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg